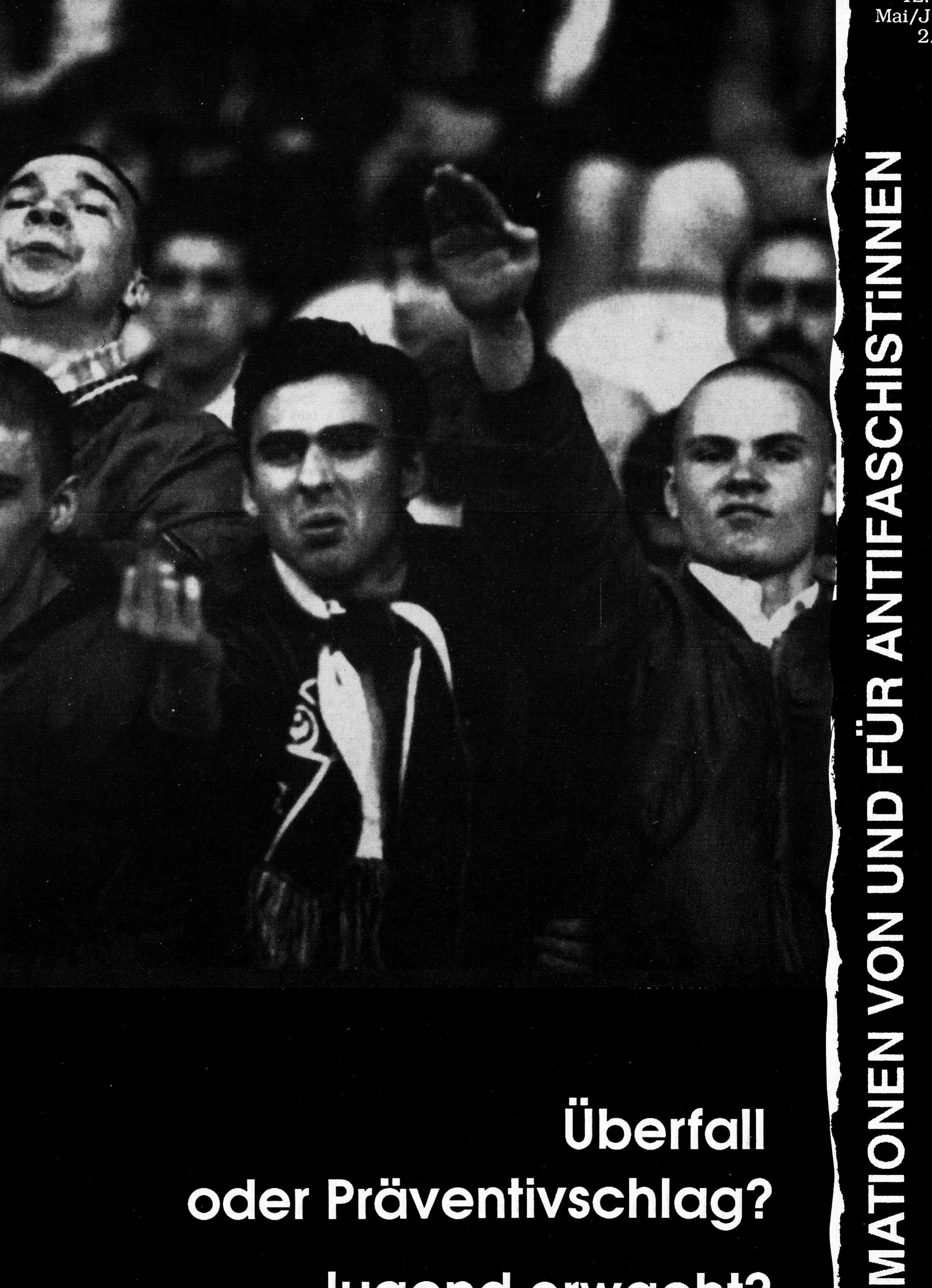
12. Ausgabe
Mai/Juni 1991
2,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTiNNEN



Überfall oder Präventivschlag?

Jugend erwacht?

Antifa-Gene gesucht!

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Eigendruck
Tel. 0511/ 34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Zwei Jahre erscheint mittlerweile "Der Rechte Rand" als Versuch eines stömungsübergreifenden Antifa-Projekts. Was wir bei Erscheinen der ersten Ausgabe allerdings noch nicht für möglich gehalten hätten, ist nun eingetreten: 2000 miltante Neonazis marschieren über die Straßen Dresdens, bedrohen AusländerInnen, DemokratInnen und Angehörige von Minderheiten. Mehrere Tote haben Neonazis allein in diesem Jahr auf dem Gewissen. Und sie rüsten weiter auf. Ungeniert präsentieren sie sich z.B. nach einer "ergebnislosen Hausdurchsuchung" durch die Polizei der Öffentlichkeit: Schwerbewaffnet mit Schußwaffen und Panzerfäusten.
Der erschreckende Zulauf vorwiegend junger Menschen zu den Neonazis in der ehemaligen DDR wirft die Frage nach den Ursachen auf. In mehreren Beiträgen wird versucht, diesem Problem nachzugehen und zum Teil sehr unterschiedliche Ansätze für antifaschistische Arbeit aufzuzeigen. Aufgefordert sind AntifaschistInnen der unterschiedlichsten Strömungen, sich an der Diskussion zu beteiligen und das Feld der interessierten öffentlichen Meinung nicht PolitikerInnen und (Sozial-)Pädagoginnen allein zu überlassen.
Vereinfachten Erklärungsansätzen, die die Ursachen für den Neofaschismus hauptsächlich in den Folgen des Stalinismus, in der nachträglichen Reproduktion selbst erfahrener Unterdrückung sehen, wie der Göttinger Politologe Leggewie, stehen jedenfalls mehrere Berichte über neonazistischen Aktivitäten auf dem Territorium der alten Bundesrepublik entgegen.
In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die Vorbereitung von Antifa-Aktionen gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel hin. Interessierte können sich über den Stand der Vorbereitungen und den Ablauf der Aktionen am 7. Juli in Frankfurt/ Main ab 12.00 Uhr im Cafe `Exzess´ (Leipziger Str. 91) informieren. Angesichts der Tatsache, daß alte und junge FaschistInnen des militant-terroristischen Spektrums in Wunsiedel bisher ihre massivsten Aufmärsche organisiert hatten, eine wichtige Aktion. Die Frage aber, wie Gegenakionen bei der zunehmenden Bewaffnung und Gewaltbereitschaft der Neonazis organisiert werden müssen, bedarf unseres Erachtens in Zukunft einer intensiveren Diskussion. Beiträge zu diesem Thema sind erwünscht!
Doch nicht nur das militant-terroristsche Spektrum des Neofaschismus stellt eine Gefahr dar. In verschiedenen Beiträgen wird der zunehmende Einfluß der "Neuen" Rechten auf das konservative Spektrum, die Verbreiterung einer immer unübersichtich werdenden Grauzone deutlich. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Verfälschung der Geschichte gelegt, der sog. "Präventivkriegsthese" wird anläßlich des 50. Jahrestages des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion nachgegangen.
Wichtige Einflußversuche (neo-)faschistischer Ideologie zielen auf den religiösen Bereich. Den Schwerpunkt der nächsten Ausgabe des "Rechten Randes" werden wir deshalb auf den Bereich völkisch-rassistischer Sekten legen, ohne dabei rechtsextreme/faschistische Grundlagen bei Anthropologen oder esoterischen Ansätzen zu übersehen. Hinweise, thematische Vorschläge oder Beiträge sind erwünscht. Artikel, die mehr als eine Din-A4-Seite (Schreibmaschine) umfassen, sollten vorher mit uns abgesprochen werden. Eine Postkarte genügt, wir rufen zurück.

Satire:

Dicht? Dichter! Am Dichtungsten...
War ich bislang der Auffassung das Periodikum "Mut" sei nur für einen beschränkten geistigen Bereich tragbar, so hat mich die Aprilausgabe (Nr. 284/1991) so gründlich eines Besseren belehrt, daß ich ernsthaft in Erwägung ziehe, diesem Druckwerk, bzw. seinen Herstellern, eine Auswahl meiner Dichtungen zu überantworten.
Erst durch den in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikel über die Entdeckung eines neuen Dichterfürsten, fiel es mir wie Schuppen vom Kopfe: Die Qualität dieser von mir bis dato verkannten Zeitung steht neben der der "Titanic" einzig da! Ist es Ihnen doch gelungen, ein begnadetes Talent vorzustellen, welches nicht weniger als prädestiniert erscheint, die Texte für einen neuen "Otto"-Film zu verfassen. Wie ein Kistenteufelchen springt dieser Literat der "Inneren DDR Emigration" damit aus seiner Schublade an die Öffentlichkeit. Ich will nicht säumen, eine Kostprobe seines Schaffens zu zitieren:

"O sage mir, Späher
Im südlichen Hain
Sind Sänger, sind Seher
Längst Sage und Stein?
Sprich, Hüter im Heilen
Du Zierde des Rings:
Wo werden wir weilen
Wenn Windzeit verging"
(a.a.O. S. 55, **Rolf Schilling**)

Da ich es nicht fertigbringe soviele unheilschwangere, existentielle Fragen unbeantwortet zu lassen, habe ich mich dazu aufgeschwungen, eine Antwort zu schöpfen:

" Ich sag Dir, als Späher,
wenns bleibt unter uns,
die Sänger, die Seher
sind längst blauer Dunst"
Ich will hier verweilen,
als Zierde des Rings,
wohin ihr mögt eilen,
das ist nicht mein Dings."

(Lisa, 1. April 1991)

Bernd Siegler

Rainer Sonntag - Opfer seiner eigenen Politik

In der Nacht zum 1. Juni ist in Dresden auf offener Straße der 36-jährige Neonazi Rainer Sonntag ermordet worden. Sonntag, einer der Führer der rechtsextremen Szene in der "Hauptstadt der Bewegung", wurde nach dem Stand der polizeilichen Ermittlungen von zwei Zuhältern mit einer abgesägten Schrotflinte aus nächster Nähe erschossen. Zusammen mit ca. 50 Rechtsextremisten hatte er sich vor dem Dresdner Kino "Faunpalast" getroffen, um das Sex-Chopping-Center in der Moritzburgerstraße zu überfallen. Die beiden mutmaßlichen Täter aus Baden-Württemberg waren in diesem Bordell beschäftigt. Seit dem Mord an Sonntag wüten Rechtsradikale in und um Dresden, überfallen Ausländer, setzen Sexshops in Brand, jagen Flüchtlinge und ziehen mit dem Schlachtruf "Rainer - wir rächen dich!" und ausstaffiert mit Armbinden mit der Aufschrift "Blutrache für Rainer Sonntag" durch die Stadt.

Rainer Sonntag ist im Westen und im Osten kein Unbekannter. der gebürtige Dresdner kam 1987 auf bisher ungeklärte Weise in die BRD und lebte im Übergangswohnheim im hessischen Langen. Dort prahlte er, er sei als "politischer Häftling" von der Bundesrepublik freigekauft worden. Entsprechende Stellen im Bundesinnenministerium verweisen jedoch darauf, daß ihnen ein Rainer Sonntag als politischer Häftling nicht bekannt sei. In Langen knüpfte Sonntag Kontakte zu **Michael Kühnen** und **Heinz Reisz**. Beide hatten die hessische Kleinstadt auserkoren, um mit ihrer "Nationalen Sammlung" ein parlamentarisches Exempel zu statuieren. Sonntag kandidierte auf der NS-Liste für die Kommunalwahlen. Kurz vor den Wahlen wurde die NS jedoch als Nachfolgepartei der ebenfalls verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) verboten. Schon kurz nach der Wende kehrte Sonntag nach Dresden zurück, um dort mitzuhelfen, den "Arbeitsplan Ost" der Kühnen-Truppe in die Tat umzusetzen.



Der ermordete Rainer Sonntag im Kreis seiner mittlerweile verstorbenen Gesinnungsfreunde Kühnen und Heß

Sonntag war federführend an der Gründung verschiedener neofaschistischer Gruppierungen in Dresden beteiligt, so z.B. der "Schutzstaffel-Ost", des "Verbandes der Sächsischen Werwölfe" und des "Nationalen Widerstand Deutschlands" (NWD). Auch mit dem Aufbau der "Wehrsportgruppe Hans-Joachim Peiper" wird Sonntag in Verbindung gebracht. Bei dem von der Stadt Dresden genehmigten Aufmarsch von etwa 500 Neonazis am 20. Oktober 1990 marschierte Sonntag neben Michael Kühnen, **Christian Worch** aus Hamburg ("Nationale Liste") und dem Österreicher **Gottfried Küssel** ("VAPO") in der ersten Reihe. Einen Monat später war er maßgeblich zusammen mit dem Dresdner Neonazi **Dirk Vogel** an einer Hausbesetzung in der Rabenauerstraße beteiligt. Dort sollte nach dem Vorbild der Weitlingstraße in Ostberlin ein Zentrum für die Dresdner Neonazi-Szene entstehen.

Mehrere Personalienüberprüfungen und Festnahmen überstand Sonntag genauso schadlos, wie die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit der "Schutzstaffel Ost". Auch als am 20. März das Europapokalspiel zwischen Dynamo Dresden und Roter Stern Belgrad nach Krawallen abgebrochen werden mußte, fand die Polizei unter den Hooligans nicht nur Mitglieder der Dortmunder "Borussenfront" und Skins aus Hamburg, Berlin und Leipzig vor Ort, sondern auch die gesamte polizeibekannte Führungsriege von Sonntags "NWD". Eine Woche zuvor hatte Sonntag mit einer erneut von der Stadtverwaltung genehmigten Demonstration seine zukünftige Stoßrichtung abgesteckt. Unter der Flagge des "NWD" und mit Spruchbändern "Dresden wird kein Bordell" marschierten etwa 300 Rechtsradikale und Skins "gegen Arbeitslosigkeit, Drogen, Prostitution und Kriminalität". In Flugblättern betrieb der "NWD" soziale Demagogie und wetterte gegen die "Ex-SED-Bonzen", gegen "geplante Bordelle" und die "tatenlose Polizei". Man versuchte geschickt, an den aktuellen Problemen in der Ex-DDR anzuknüpfen. Die deutsche Vereinigung habe jetzt die Bürger "wieder auf den Boden der Realität gebracht". "Das Preis-, Lohn- und Gehaltsverhältnis ist Betrug. Miete, Strom usw. sollen erhöht werden, sichere Arbeitsplätze fehlen", beklagt der "NWD". Sonntag wollte sich als "Kämpfer gegen den Sozialabbau" profilieren und kündigte an, den "NWD" als "Partei des Rechts und der Ordnung" etablieren zu wollen. Entsprechende Vorgespräche mit dem Staatsschutz wollte er schon geführt haben.

Doch in der vielschichtigen und -köpfigen rechtsradikalen Szene der Elbmetropole war Sonntag von Anfang an umstritten. Sonntags "Führungsqualitäten" wurden infragegestellt, seine Gesprächsbereitschaft mit offiziellen Stellen der Stadt wurde kritisiert. So führte Sonntag Gespräche mit der Dresdner Ausländerbeauftragten Marita Schieferdecker-Adolph ebenso wie mit den linken Hausbesetzern, mit denen er eine Sicherheitspartnerschaft für besetzte Häuser vereinbaren wollte. Sonntag wurde - insbesondere nach dem Tod von Michael Kühnen - mißtrauisch als "Westimport" beäugt, der Anführer der "Kameradschaft Gorbitz", **Lutz Kronenberger**, und der Chef einer Johannstädter Faschogang, Dirk Vogel, beanspruchten als "Ossies" die Führung der Truppen. Sonntag glaubte, sich durch Taten profilieren zu können und zu müssen.

Bereits im Februar kündigte er an, eine eigene Drogenpolizei aufzubauen. Am 21. Februar führte er den ersten Kleindealer, der Kokain im Wert von 150 DM in der Tasche hatte, der Polizei zu. "Der Kampf gegen Puffs und Zuhälter war das ganze Steckenpferd von ihm", erzählte der Langener Heinz Reisz den Dresdner Lokalblättern. Seinen Aussagen zufolge haben bereits Zuhälter Sonntag Geld angeboten, um Bordelle vor

Beschädigung zu bewahren. In Dresden wird Sonntag nun auch mit einem Brandanschlag auf die Nachtbar "Alibi" im "Dresdner Hof" in Verbindung gebracht, bei dem kurz nach der Wende ein Mensch sein Leben verlor. Ein weiteres "Steckenpferd" hatten die Mannen um Sonntag in dem Glücksspiel an der Pragerstraße entdeckt. Dort verdienen sich insbesondere ausländische "Hütchenspieler" ihr Geld mit der Risikobereitschaft der Passanten und deren Hoffnung auf schnelles Geld. Eine Woche vor seinem Tod war Sonntag mit Gesinnungsfreunden zu einer "Aufräumaktion" gestartet, hatte mehrere ungarische Hütchenspieler niedergeknüppelt und der Polizei übergeben. Diese nahm die Spieler fest, gegen die brutale Selbstjustiz der Neonazis unternahm sie jedoch nichts. Mit derartigen Aktionen konnten sie sich des stillen und manchmal auch offenen Beifalls der Dresdner Bürger sicher sein. "Ich bin Auge, Ohr und Mund der Bevölkerung", erzählte Sonntag am 16. Mai in die Mikrophone der Reporter der ZDF-Sendung "aspekte". "In Zehnergruppen werden wir Patrouille gehen", kündigte Sonntags Gefolgsmann **Hannes von Kurpat** an. "Wir werden solange gegen die Hütchenspieler vorgehen, bis die hier verschwunden sind", drohte er und kündigte an, die "Säuberungsaktion" beim Dresdner Oberbürgermeister als "Bürgerinitiative" anmelden zu wollen.

Sonntags Kampf für "deutsche Sauberkeit", also gegen Drogenhandel, Prostitution, Kriminalität, Homosexualität und Linke, wurde sein Verhängnis. Schon kurz vor seinem Tod hatten "alle diejenigen, die wissen, daß sie Deutsche sind und stolz darauf sind" in einem Flugblatt den Zusammenschluß der Neofaschisten angemahnt". Nur der Zusammenhalt all derer, die von sich behaupten dürfen, Deutsche zu sein, führt zum Endsieg." "Wir können und dürfen nicht länger zusehen, wie sich die Linken in der Neustadt mobil machen, wie Rumänen, Jugos, Zigeuner, Ungarn, Türken ihre dunklen Geschäfte betreiben und unsere besten Kameraden abstechen", lautete die Parole der Dresdner Neonazis, nachdem ein Jugoslawe nach einer Prügelei zwei Skins mit einem Messer verletzt hatte.

Nach Sonntags Tod scheint der Streit um die Führung in der Szene vorerst begraben zu sein. Schon kurz nachdem Neofaschisten Sonntags Leiche mit einer Reichskriegsfahne abgedeckt hatten, zogen sie los, um Sonntags Tod zu rächen. Um ihre Aggressivität zu unterstreichen, erschlugen sie zuerst eine Katze mit einem Knüppel und warfen sie in einen Papierkorb. Dann zogen sie los, um Ausländer zu "klatschen". Das Lagezentrum des sächsischen Innenministerium erhielt noch in der gleichen Nacht einen Drohanruf: "Richten sie sich darauf ein, daß heute ein Blutbad in Dresden angerichtet wird."

Jochen Kollmer/Hans-Peter Steffen

" Die sollen von sich welche heiraten"

Über rechte Deutungsmuster bei Ostberliner Jugendlichen und zum Umgang damit

Nachfolgend wollen wir anhand einiger Ausschnitte aus einem im Sommer 1990 (direkt nach der Realisierung der Währungsunion, aber noch vor der Vereinigung beider deutscher Staaten) durchgeführten Interview mit zwei Ostberliner Jugendlichen aufzeigen, wie rechte bzw. rechtsextreme Deutungsmuster aussehen können.

Beide Jugendlichen (A+B) sind männlich und 17 Jahre alt. A hat eine abgeschlossene Ausbildung als Elektromonteur, B befindet sich in einer landwirtschaftlichen Ausbildung. Beide leben noch bei ihren Eltern und bezeichnen ihr Verhältnis zu diesen als zufriedenstellend. Sie sind enge Sympathisanten der "Nationalen Alternative" (NA), einer nur in Ostberlin ansässigen militanten rechtsextremen Partei, die - zumindest im Sommer 1990 - enge Verbindungen zur "Bewegung" **Michael Kühnens** unterhielt.

Die Interview-Ausschnitte verdeutlichen das Verhältnis der beiden Jugendlichen zu AusländerInnen in der damals noch existierenden DDR, die Akzeptanz personeller Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele und ihre Ängste vor einer drohenden Arbeitslosigkeit. Die Aussagen der beiden sind äußerst widersprüchlich und lassen teilweise eine eigene DDR-Identität erkennen. Sie fühlen sich mit neuen gesellschaftlichen Realitäten konfrontiert, insbesondere einer massenhaften Destabilisierung von Existenzbedingungen, die sie stark verunsichert. Sie erkennen zwar noch die Verantwortlichen für die eventuell drohende Arbeitslosigkeit:"... ich weiß auch nicht, warum es Wahlen gibt, die großen Konzerne haben das meiste Sagen, die Dresdner Bank, die hat viel mehr zu sagen" (Jugendlicher B), doch die Rekapitalisierung der DDR erscheint als unaufhaltsamer Prozeß. Die rapide fortschreitende Einverleibung durch die BRD vergrößert für die Jugendlichen die Undurchschaubarkeit der neuen gesellschaftlichen Entwicklungen: Der Kapitalismus ist eh nicht aufzuhalten. Er hat sich entgegen der bisher propagierten Lösungen als der Stärkere, ja als die "einzige" gesellschaftliche Alternative erwiesen. Warum das derzeit so ist, ist für die beiden nicht mehr nachvollziehbar. Sie suchen nach einfachen Erklärungen, um ihre als bedrohlich empfundene neue Existenzunsicherheit zu bearbeiten.

"Ich finde die Ausländer müssen raus, weil, wenn ich arbeitslos werde und das auch jeden Moment passieren kann, dann kriege ich keine Arbeit, weil die Fitschis (gemeint sind Vietnamesen) und so die Arbeit haben, die ich vielleicht kriegen würde" (Jugendlicher B).

Ungefähr 100 000 ausländische ArbeitnehmerInnen, also nicht einmal ein Prozent gemessen an der Gesamtbevölkerung der DDR, eine Zahl, die durch Rückkehr in die Heimatländer bzw. durch zunehmende Arbeitslosigkeit unter Ausländern abnimmt, wird bereits als Bedrohung für den eigenen Arbeitsplatz angesehen. Diese personalisierende Sichtweise, die eine relative Unwahrscheinlichkeit: "...wenn sie meinen Arbeitsplatz wegnehmen, den ich vielleicht kriegen würde" (Jugendlicher B), zur Begründung für die Forderung "Ausländer raus" heranzieht, dient dem Jugendlichen zur Entlastung seines bisher nicht gekannten existentiellen Bedrohungsgefühls.

Die AusländerInnen "sollten akzeptieren, daß wir Deutsche sind, daß sie in Deutschland sind" und "sich an die Deutschen anpassen" (Jugendlicher A) müssen. Zur Bearbeitung ihrer erlebten Unsicherheit greifen die Jugendlichen auf Merkmale/Werte zurück, die für sie konkret und nicht anzweifelbar sind: die Zugehörigkeit zum deutschen Volk, das Deutschsein. Ein richtiger Deutscher ist etwas besonderes, "der arbeitet bis er umfällt" (Jugendlicher A). Wer nicht zu diesem auserwählten Volk gehört, hat sich logischerweise unterzuordnen, kann nicht einfach an den wertvollen materiellen Gütern dieses Landes partizipieren. Diese scheinbar einfache "Logik" ermöglicht den beiden Jugendlichen eine Lösung zur Bearbeitung ihres Hauptproblems zu benennen, gibt ihnen zunächst Sicherheit.

Zuerst sind sie an der Reihe, dann erst die AusländerInnen, ansonsten gilt: "Die sollen arbeiten für den gleichen Lohn, die gleichen Rechte haben..., die arbeiten gar nicht mal so schlecht, die sind fleißig" (Jugendlicher B). Diese Aussagen werden von dem Jugendlichen zwar als Widerspruch erkannt, doch zunächst gelten immer erst die Vorrechte der Deutschen, die die AusländerInnen selbstverständlich anerkennen müssen.

Innerhalb von wenigen Minuten behaupten sie in vielen Fragen das genaue Gegenteil des zuvor Gesagten. Aber genau diese Inkonsequenz hat für sie eine Bedeutung, speist sich aus unterschiedlichen Zusammenhängen und Deutungsmustern, hat eine immanente Logik, die es zu erfassen gilt. B meint plötzlich: "Warum sollen sie nicht arbeiten ... die sind fleißig." A entgegnet daraufhin, daß die "vorige Regierung die ganzen Arbeiter verpflichtet hat, das ist gerade die Scheiße mit den Ausländern." Er bedauert, daß die Verträge abgeschlossen wurden. Spontane Reaktion von B: "Dann nehmen sie unsere Weiber weg", denn "das sind unsere Mädchen." Die sollen "nicht sässig werden, die sollen von sich welche heiraten." Eine ausländische Freundin zu haben, könnte er sich allerdings vorstellen, "wenn sie hübsch aussieht", er würde sogar einen "Kameraden" von der NA zusammenschlagen, wenn dieser seine Ent-



Unter den Augen der Polizei:
Paramilitärische Übungen zur "Verteidigung deutscher Vorrechte"
Foto: dietmar gust

scheidung nicht billigen würde.
Zusammengefaßt: Eigentlich haben sie nichts gegen Ausländer, nur sollen die ihnen nichts wegkaufen, nur dort arbeiten, wo sie selbst nicht können oder wollen, fleißig sein, sich aber möglichst wenig oder gar nicht auf der Straße sehen lassen. Ein genügsamer Menschenschlag also, arbeitsam, ohne dabei von seiner eigenen Existenz viel Aufhebens zu machen, weil schon der Gedanke, daß sie zu mehreren auftreten könnten, als Kränkung empfunden wird. Und natürlich sollen die deutschen Frauen für Ausländer tabu sein. B erscheint es jedoch durchaus denkenswert, sich in eine Ausländerin zu verlieben, hübsch sollte sie sein, bei Nichteinverständnis seiner NA-"Kameraden" bekämen sogar die dann "einen aufs Maul".

Es erhärtet sich der Verdacht, daß Aufklärung hier ein sehr schwieriges Geschäft ist, weil die Argumente (fast) immer daneben zielen. Entweder werden die Angesprochenen sich nicht betroffen fühlen, weil rassistische Einstellungen, häufig verbunden mit anderen gesellschaftlich akzeptierten Ideologien wie z. B. Leistungs- und Ordnungsideologien oder auch sexistische Ideologien, für die Bewältigung des Alltags der Subjekte nützlich und sinnvoll sind (wie kurzfristig auch immer). Oder die Angesprochenen werden für eine ausgesprochene Kritik an ihrer Meinung sogar dankbar sein, denn so erhalten sie die Möglichkeit, ihr gewünschtes Bild von sich und anderen zu verstärken. Kritik wird auf dieser Ebene zur Farce und wird ungefähr soviel bewirken, wie die wohlmeinende Mahnung, ein Polenwitz etwa sei diskriminierend. Das war ja gerade das Ziel des Witzes und sonst gar nichts.
Theodor W. Adorno hat in seinem "Studium zum autoritären Charakter" darauf hingewiesen, wie die den Menschen auferlegten und zugewiesenen Lebenspraxen zu psychischen Dispositionen führen, die sie in diesem oder jenen Umfange zur Verinnerlichung autoritärer Charakterstrukturen zwingt. Da die Menschen sich selbst aber bewußt nicht schaden können oder wollen, kommt es darauf an, den offenen oder latenten Sinngehalt von Äußerungen herauszufinden, der für sie aus subjektiv funktionaler Sicht notwendig ist, um ihre Welt zu verstehen und deuten zu können.
Jugendliche dürfen nicht ausgegrenzt werden, wenn sie fremdenfeindliche Äußerungen, die in unserer Gesellschaft einen hohen Verbreitungsgrad haben, vertreten. Notwendig sind: "Dialogbereitschaft und Unnachgiebigkeit, Offenheit und entschlossenes Eingreifen" (B. Gäbler in DVZ/die tat vom 4. Dezember 1987). Sie schließen sich keineswegs aus. Zu verstehen, was der andere meint, seine Beweggründe, seine Logik zu erkennen, ist die Voraussetzung für ein Gespräch ohne Besserwisserei und Bevormundung. Entschlossenes Eingreifen ist aber dort notwendig, wo Gewalt, Angst und Terror verbreitet werden. Ein Klima schaffen, in dem Meinungen und Themen ohne Tabuisiserung angesprochen und diskutiert werden können, in dem unterschiedliche Meinungen ausgetauscht werden können, kann dazu führen, ausländerfeindliche Sprüche und Vorurteile abzubauen.
Bessere Argumente allein reichen nicht aus, es muß auch die politische Funktion von sozialen Vorurteilen aufgedeckt werden.
Rechtsextreme Deutungsmuster enthalten häufig das Versprechen, die Unsicherheit und Fremdbestimmung der eigenen Existenz durch "sinnstiftende" ideologische Angebote und Identifikationsmuster zu beseitigen (z. B. Angehörige einer bestimmten "Rasse", Nation zu sein, zu einem auserwählten Volk zu gehören usw.). Diese Orientierungsmuster sind für das Subjekt nicht irrational, sondern haben ihre immanente Logik. Die Menschen handeln nicht bewußt gegen ihre eigenen Interessen. Jugendliche orientieren sich nach rechts, weil ihnen hier eine scheinbar "alternative" Denk- und Lebensweise angeboten wird. Es gilt also, den Kerngehalt rechter Deutungsmuster, die immanente Logik dieser "Alternative" zu durchschauen und offenzulegen und die Hoffnungen und Sehnsüchte, die hinter solchen Vorstellungen stehen, ernst zu nehmen.
Zu bedenken ist immer, daß die meisten Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen Probleme haben und eine Lösung suchen. Sie sind unserer Meinung nach also auch gewinnbar für richtige, demokratische Lösungen ihrer Probleme. Unsere Aufgabe ist es, beizutragen, daß für diese Probleme auch reale Lösungen erkämpft und präsentiert werden. Das bedeutet, herauszuarbeiten, wie die Wünsche nach Sicherheit, Durchschaubarkeit, Solidarität im (pädagogischen) Alltag demokratisch umgesetzt werden können.

Ideologiefreie Jugendarbeit?

Unter dem Titel "Fidschis klatschen" veröffentlichte die Wochenzeitung "Freitag" einen Bericht über den wachsenden Rechtsextremismus in der DDR. Vorgestellt wird ein Projekt kirchlicher Jugendarbeit, das vorgibt, "Daß die Politik draußen bleibt". Von den Schwierigkeiten bei der Verwirklichung eines solchen Ansatzes - unabhängig von dessen diskussionswürdigkeit - berichtet der Auszug aus dem erwähnten Artikel.



Neonazis aus Halle in ihrem Quartier: Die Panzerfäuste übersah die Polizei Foto: NP

Horst Kühne, Bezirksrat für Soziales, Familie und Sport, weiß um die Zustände in seinem Bezirk: "Was wir vor allem brauchen, sind ausgebildete Streetworker. Kontaktpersonen für die Jugendlichen, die hier scheinbar ohne Perspektive aus der Bahn geraten sind." Doch Streetworker, im Westen schon lange gang und gäbe, kosten Geld. Die Kassen des Bezirkes aber sind leer, bis zum Beginn der letzten Woche hatte der Ostteil der Stadt nicht mal einen ordnungsgemäß verabschiedeten Haushalt. Ein einziger Streetworker - ein Praktikant, den eine Westberliner Ausbildungsstätte sozusagen als "Solidaritätsspende" nach Marzahn geschickt hat - ist dabei, sich einzuarbeiten. Kühne: "Wir bräuchten allein in Marzahn mindestens zwanzig bis fünfundzwanzig solcher Sozialarbeiter vor Ort." Gerade erst wieder hat Familienstadtrat Thomas Krüger großherzig angekündigt, daß es nun endlich losgehen soll. Zehn (!) Streetworker sollen noch in diesem Jahr ihren Dienst im Ostteil der Stadt antreten. Zehn Sozialarbeiter für elf Bezirke.

Auch eine DDR-Erfahrung: Wo der Staat versagt, tritt die Kirche auf den Plan. Seit Januar 1991 baut Michael Heinisch, Sozialdiakon in der Erlösergemeinde, mit zwanzig als rechtsradikal geltenden Jugendlichen ein Wohnhaus in der Lichtenberger Pfarrstraße aus. Lichtenberg war vor allem im vergangenen Jahr zu zweifelhaftem Ruhm gelangt, als die rechtsradikale Partei "Nationale Alternative" in der dortigen Weitlingstraße ihr Hauptquartier eröffnete. Unter dem Vorwand, als Wohnungssanierungsinitiative "WOSAN" ein leerstehendes Haus wieder herrichten zu wollen, erschlichen sich die Neonazis einen Mietvertrag, der auf Grund rechtlicher Gegebenheiten erst Ende 1990 gekündigt werden konnte.

Doch mit der Kündigung war das Problem nicht gelöst. Auch in der NA waren die meisten Mitglieder arbeitslos, fielen aus gesicherten Verhältnissen in ein soziales Loch ohne Boden. Heinisch, der wie die meisten an seinem Projekt Beteiligten aus dem Kietz stammt, hatte, bevor er mit dem Hausausbau in der Pfarrstraße beginnen konnte, etliche Hürden zu überspringen. Zwar wurde ihm von der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft relativ schnelle in Haus zugewiesen, doch als er mit seinen Schützlingen mit der Arbeit beginnen wollte, war das Gebäude bereits besetzt: Zumeist wohnungslose Jugendliche aus dem Westen hatten sich dort niedergelassen. Heinisch versuchte, den Besetzern sein Projekt zu erläutern, um sie zu einem freiwilligen Auszug zu veranlassen. Doch als die sich "links" bezeichnenden Hausbesetzer sahen, wem sie da Platz machen sollten, schlug ihr anfängliches Verständnis in Widerstand um. "Kein Nazihaus in der Pfarrstraße" war allenthalben an den Häuserwänden zu lesen, und somit schien das Projekt gescheitert zu sein, noch ehe es begonnen hatte.

Die Wohnungsbaugesellschaft ließ sich auch nicht dazu bewegen, Heinisch ein anderes Haus zur Verfügung zu stellen - sie hatte da ein leichteres Mittel zur Hand, und das hieß: Räumung! Damit war für Michael Heinisch jedoch klar, daß er dieses Gebäude auf keinen Fall mehr für seine Zwecke nutzen wollte. Heinisch: "Wir hätten damit zwangsläufig gewalttätige Aktionen gegen uns heraufbeschworen." Die hinzugekommenen Graffitis gaben ihm recht: Neben den allgemeinen "antifaschistischen" Losungen der Hausbesetzer aus dem Westen kam nun auch noch die vom "Nationalsozialarbeiter Heinisch" hinzu.

Wohl unter dem Druck der Kirche ließ sich die Lichtenberger Wohnungsverwaltung dazu herab, dem Sozialprojekt ein anderes Haus zur Verfügung zu stellen - direkt gegenüber auf der anderen Straßenseite. Um den sich erneut regenden Widerstand der benachbarten Hausbesetzer nicht eskalieren zu lassen, kam man überein, sich einmal in der Woche im in der Straße gelegenen Szenecafé "Napf" zu treffen, um dort alle etwaigen Probleme zu bereden und auf friedlichem Wege lösen zu können. Doch selten kam man über ein allgemeines Geplänkel hinaus. War es den "rechtsradikalen" Jugendlichen suspekt, "wie die Besetzer da hausen", blieben die "Linken" darauf bestehen, daß es "kein Nazihaus in der Pfarrstraße" geben dürfe. Ihre größte Sorge: Aus dem Projekt, bei dem unter anderem mehrere Wohnungen sowie eine Begegnungsstätte für Jugendliche aus dem Kietz hergerichtet werden sollen, könnte sich eine "zweite Weitlingstraße" entwickeln. Tatsächlich hat Sozialdiakon Heinisch mehrere "Aktivisten" der NA bei sich integriert, unter ihnen sogar den früheren Vorsitzenden Ingo Hasselbach. Der sagt noch heute von sich: "Wer einmal Nationalsozialist gewesen ist, der kann seine Gesinnung nicht so einfach wegschmeißen." Seine Parteimitgliedschaft ruhe jedoch zur Zeit, und im übrigen halte er sich an die einzige Forderung, die Heinisch beim Eintritt in das Projekt gestellt habe: "In der Pfarrstraße bleibt die Politik draußen."

Heinisch: "Ideologien spielen für mich keine Rolle. Für mich ist zuallererst der Mensch wichtig - egal was für einer Ideologie er anhängt. Und jemand, der wie die Leute hier im Projekt, etwas zu verlieren hat, wir das nicht aufs Spiel setzen, indem er anderen Leuten etwas vor den Kopf haut. Wer eine Arbeit hat, hat es nicht nötig, sich wegen irgendeiner Ideologie zu prügeln."

Wenn auch bis zum heutigen Tag die Besetzer der angrenzenden Häuser das Heinisch-Projekt mißtrauisch beäugen, jeden Besucher des Hauses sorgfältig fotografieren und sich auch schon mal zu kleinen Rempeleien wie dem Ausgießen von Buttersäure hinreißen lassen, so scheint sein Integrationsprojekt doch schon einigen Erfolg vorzuweisen. Nicht nur NA-Ex-Chef Hasselbach erkennt die persönliche Integrität des Sozialdiakons an ("Also, eigentlich hab' ich ja mit der Kirche nichts am Hut, aber Mischa Heinisch ist in Ordnung"), auch die Besetzer akzeptieren ihn zumindest als Ansprechpartner. Und so erscheint es auch nicht verwunderlich, daß viele Hausbesetzer im Moment mehr als einen neuen "Sammelpunkt der NA" "antifaschistische" Aktionen von Autonomen aus dem Westteil der Stadt befürchten. Werner, ein westdeutscher Besetzer aus dem Nebenhaus, meint: "Es ist ja nicht so, daß wie den Heinisch da nicht arbeiten lassen wollen. Ich habe bloß Angst, daß sich das hier rumsprechen könnte und dann Leute anzieht, die diese besondere Situation, die hier nun einmal herrscht, einfach nicht verstehen können."

Nachbemerkung: Das Projekt in der Pfarrstraße ist in dieser Form bisher ein Einzelfall. Was die Kirche mit relativ wenig Mitteln finanzieren kann, ist für den überlasteten Senatshaushalt schon zuviel. Gerade kündigte der Berliner Innensenator Heckelmann drastische Sparmaßnahmen "auf allen Positionen" an. Das jetzt verankerte Stellenvolumen sei das "nicht mehr steigerbare Maximum". Einzige Ausnahme: Bei der Polizei sei "die Überausstattung nicht antastbar".

Andreas P. Zaleshoff

Kriminalisierungstango in Braunschweig

Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen drei Männer eingeleitet, die zwei stadtbekannte Neofaschisten angegriffen und einen von ihnen mit einem Messer verletzt haben sollen. Da die angeblichen Angreifer bisher nur durch die Aussage der beiden Nazis belastet werden, soll in dem Verfahren nun der "genetische Fingerabdruck" entscheiden - ein Beweismittel, das höchst umstritten ist und bislang nur bei Schwerst-verbrechen eingesetzt wurde.

Anfang September 1990 meldeten sich zwei stadtbekannte Braunschweiger Neofaschisten bei der Polizei. Beide hatten Platzwunden erlitten und gaben an, von mehreren Vermummten schwer verprügelt worden zu sein. Einer von beiden, **Uwe Preen**, ist auch überregional von einiger Bekanntheit. Er gehörte zeitweise dem Braunschweiger Kreisvorstand der REP an und ist jetzt zur Nationalistischen Front übergewechselt, für die er die Aufbauarbeit in Südostniedersachsen maßgeblich leitet. Obwohl die Angreifer vermummt gewesen sein sollen, wollen die Nazis drei der Angreifer erkannt haben. Nur aufgrund dieser Aussage leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein.

Bis hierher handelt es sich um ein nahezu alltägliches Verfahren. Ein Verfahren allerdings, das bundesweite Bedeutung erlangen könnte. Einer der beiden Nazis hatte nämlich angegeben, es sei möglich, daß er einen der Angreifer mit seinem Messer verletzt habe. Da dieses Messer nicht gereinigt wurde, weise es noch die Blutspuren auf. Dieser Umstand soll jetzt dazu genutzt werden, bei den drei Angeklagten eine "Genom-Analyse" durchzuführen. Das heißt, daß die in den Blutspuren am Messer vorgefundenen genetischen Informationen mit denen der Verdächtigten verglichen werden sollen. Diese Maßnahme wurde jetzt von den zuständigen Braunschweiger Amtsrichtern angeordnet.

Die Genom-Analyse ist Mitte der achtziger Jahre erstmals in Großbritannien in einem Strafverfahren als Beweismittel eingesetzt worden. Außer bei Vaterschaftsfeststellungen wird diese Methode seit Ende der achtziger Jahre in der Bundesrepublik vor allem bei Tötungsdelikten eingesetzt. Die rechtliche Zulässigkeit dieses Beweismittels ist auch unter Juristen umstritten. Die Praktiker berufen sich auf den Paragraphen 81a der Strafprozessordnung, der Blutentnahmen im Allgemeinen regelt und sehr umfassend die Erhebung und Verwertung "verfahrenserheblicher Tatsachen" erlaubt.

Im Widerspruch dazu steht die Mehrheitsmeinung im Rechtsausschuß des Bundestages, der bei einer Änderung der Strafprozeßordnung jedoch keine Eile an den Tag legt. Der Rechtsausschuß bezieht sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung. Dort war ein wirksamer Schutz gegen den Anfall und die Verwertung persönlichkeitsrelevanter Daten gefordert worden. Die Verwirrung wird komplettiert durch den Bundesgerichtshof, der im September 1990 die Genom-Analyse zwar als grundsätzlich zulässig erklärte, zugleich aber auf einen "Regelungsbedarf" durch das Parlament verwies.

Doch dessen Mühlen mahlen bekanntlich langsam, und der Braunschweiger Amtsrichter will sich dies scheinbar zu Nutze machen. Seit Ende !988 wird ein Gesetzentwurf des Justizministeriums über den "genetischen Fingerabdruck" beraten, der von Fachleuten heftiger Kritik unterzogen wird. Bezweifelt wird ebenfalls die Zuverlässigkeit der Genom-Analyse insgesamt. Der Mainzer Professor Rittner meint, die Untersuchungsmethoden des britischen Labors Cellmark Diagnostics, das auch die Analysen für deutsche Justizbehörden durchführt, seien "mit Vorsicht zu genießen" (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 49/88). Ein New Yorker Gericht verwarf kurzerhand die Ergebnisse einer Genom-Analyse nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Identifizierungswahrscheinlichkeit nicht, wie ursprünglich behauptet, 190 000 00 : 1 sondern nur 78 : 1 ist. Die bundesdeutsche Justiz wäre allerdings nicht die, die sie nun einmal ist, wenn sie einfach aufgäbe. Im Gegenteil. Als Konsequenz fordert sie eine Ausweitung der Genom-Analyse auf den codierten Bereich, der bisher ihrem Zugriff verschlossen gewesen ist. Der gläserne Mensch: das ist der Zugriff auf seinen biologischen Kern.

Auch aus anderem Grund stellt die Genom-Analyse eine neue Qualität in Strafverfahren dar. Es besteht die Gefahr, daß die bisherige Unschuldsvermutung von Betroffenen umgedreht wird. Auch für diese Tendenz gibt es bereits Beispiele aus Großbritannien und der Bundesrepublik. 1987 wurde in Großbritannien in Zusammenhang mit einem Mordfall eine genetische Massenfahndung durchgeführt, bei der 5511 Männer ihre Zellproben für einen Genom-Analyse abgeben mußten. Zur Aufklärung zweier Mord- und Vergewaltigungsfälle im Raum Münster 1989 wurden 92 Männer aufgefordert, ihr Blut untersuchen zu lassen. Dieses Vorgehen wird nun ausgeweitet auf einen Fall simpler Körperverletzung und die Aussage zweier Nazis, die im Dunkeln Vermummte klar erkannt haben wollen und vermuten, sie könnten mit einem Messer jemanden verletzt haben. Der weiteren Verfolgung wird Tür und Tor geöffnet. Die Justiz schafft Fakten...

BERICHTE/ MELDUNGEN

Hetendorfer Tagungswoche

Unter dieser Überschrift fand in Hetendorf in der Zeit vomn 15. bis 23. Juni eine gemeinsame Tagungswoche verschiedener rechtsextremer Organisationen statt. Zu den Veranstaltern gehörte neben der "Gesellschaft für biologische Anthropologie" und dem "Freundeskreis Filmkunst e.V." als Eigentümern des "Heideheims", unter anderem die Gesellschaft für freie Publizistik, der Heinrich-Anacker-Kreis e.V., das "Familienwerk e.V." sowie der "Nordische Ring" Und die "Artgemeinschaft".

Die Zusammensetzung der Organisationen weist auf den Charakter Hetendorfs als Schalt- und Verknüpfungsstelle nes Neofaschismus hin. Die ReferentInnenbesetzung unterstreicht diese Annahme: Neben dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger wurde auch der Vlothoer Verleger und Geschichtsrevisionist Udo Walendy aufgeboten. Das Gründungsmitglied der DVU-Liste D, Wolfgang Juchem, präsentierte seine Gedanken zur "deutschen Frage nach der erzwungenen kleindeutschen Lösung" und zu den "Hintergründen und Auswirkungen des Golfkrieges." Schöngeistiger gab sich der Bremer Landesgemeindeleiter der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" Hermann Thiele. Er beschäftigte sich mit dem italienischen Renaissance-Philosophen Giordano Bruno.

Höhepunkt der Woche war eine gemeinsame Sonnenwendfeier am Abend des 21. jUNI:

"Braunes" Haus verkauft

Die Zentrale der neonazistischen Nationalistischen Front (NF) in der Bielefelder Bleichstraße 143 ist verkauft worden und soll - so der neue Eigentümer - abgerissen werden. Veräußert werden soll angeblich auch das zweite Haus der NF in Pivitsheide.

Den Grund für diese Entwicklung sieht die Bielefelder Nachbarschaftsinitiative Bleichstraße in der Verlagerung der NF-Aktivitäten in den Osten der Bundesrepublik. Im Raum Halle soll der Hamburger Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der mittlerweile offiziell als Mitglied der NF auftritt, bereits versuchen, ein neues Domizil für die militanten Neonazis zu erstehen.

NPD-Parteitag

Am 10. Juni wählte die Nationaldemokratische Partei Deutscxhlands (NPD) erwartungsgemäß **Günter Deckert** zum neuen Parteivorsitzenden. Der in Weinheim lebende, 1940 geborene Deckert war bereits in den vergangenen Monaten von der Parteizeitung "Deutsche Stimme" und anderen rechtsextremen Publikationen als Nachfolger des zur "Deutschen Allianz" übergelaufenen Martin Muß-gnug aufgebaut worden. Aufgrund jahrelanger Kontakte zu allen Spektren des Neofaschismus könnte Dekkert eine wichtige Rolle in der Vereinheitlichung des Neofaschismus in der Bundesrepublik spielen.

Raimund Hethey

Völkischer Nationalismus als Geschäftsgrundlage?

Einige offene Fragen an die Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Welchen Völkern gelten die Signale? Im Kampf um die Menschenrechte geht Tilman Zülch, seit 1970 im Vorstand der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), immer wieder ins letzte Gefecht. Mindestens 10.000 zahlende Mitglieder möchte er unter seine Führung bringen. Solange wird es mit Sicherheit auf der Welt "bedrohte Völker" geben.

Glaubt man den programmatischen Erklärungen der Zweckdefinitionen in Vereinssatzungen, um die steuerbegünstigte Gemeinnützigkeit zu erreichen, dann setzt sich die GfbV seit 1970 für die "Rechte von ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten" ein. "Sie kämpft gegen Völkermord (Genozid) und gegen die kulturelle Unterdrückung von Minderheiten (Ethnozid) und ist politisch strikt neutral." Kann jemand politisch strikt neutral sein, wenn er solche hehren Ansprüche erfüllen will? Für welche Interessen setzt sich eine solche `neutrale' Gesellschaft ein? Wann ist ein Volk bedroht und damit ein Pflegefall für die GfbV? Über grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Definition von Volk, Stamm, Minderheit hat sich die Gesellschaft mit ihrem Dauervorsitzenden immer stillschweigend hinweggemogelt. Klar und deutlich ist dagegen die Abgrenzung zu kommunistisch geführten Ländern: "Stalin" ist die Grenze des unerträglichen, nicht "Hitler" und schon lange nicht der Kapitalismus.

Ihre Geburtsstunde erlebte die GfbV am medizinischen Fachbereich an der Universität Hamburg schon 1968. Die Gründer wollten mit ihrem Engagement für die Opfer des Bürgerkriegs in Biafra bewußt ein Zeichen gegen die politische Linke setzen, die sich nach ihrer Auffassung allzu sehr auf den Vietnam-Krieg konzentrierte.

Dem Vereinsorgan "Pogrom" (Auflage zwischen 5 bis 10.000) fällt eine klare Aufgabenstellung und Funktion zu. Die Zeitschrift, heißt es in einer Eigenwerbung, habe sich zum "Sprachrohr derer entwickelt, 'von denen keiner spricht'- unabhängig von politisch, geographisch oder ideologisch definierten Grenzen. Berichtet wird gleichermaßen über den Widerstand der Völker Afghanistans gegen die sowjetische Okkupation wie über die Lage der Kurden, Assyrer und Armenier im Nahen Osten, über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Indianern und über Minderheiten in Osteuropa." Als der Arbeitskreis keinen Fußbreit den FaschistInnen aus Oldenburg junge Mitglieder und Aktivisten der GfbV danach befragte, warum die GfbV ständig in neofaschistischen Blättern Anzeigen publiziere und deren Existenz damit absichere, versprachen die darüber verwirrten Mitglieder, diesen heiklen Punkt auf der nächsten Jahreshauptversammlung des Vereins anzusprechen. In der Tat hält das Protokoll der Mitgliederversammlung von 1989 fest: "Kay aus Oldenburg berichtete von den Schwierigkeiten, für die GfbV in linken Publikationen inserieren zu können, da wegen GfbV-Anzeigen in rechtsradikalen Blättern (z.B. "Wir Selbst") Vorbehalte bestünden." Über die Reaktion des amtierenden Vorsitzenden ist im Protokoll zu lesen: "Tilman berichtete, z.T. sei es das Schicksal der GfbV, mißverstanden zu werden, die Anzeigen in rechtsradikalen Blättern seien zurückgenommen worden." Eine glatte Lüge, noch in der zuletzt auf dem Markt erschienenen Ausgabe 1/1991 der neofaschistischen Zeitschrift WIR SELBST ist eine Anzeige der GfbV abgedruckt. Aber die Gesellschaft will sich bemühen, schließlich ist **Zülch** ja nicht der einzige, wenn auch das wortgewaltigste Mitglied. Im Protokoll der Mitgliederversammlung von 1989 findet sich zu dem Tagesordnungspunkt, bei dem sich der Verein mit dem Bericht von Kai Mönnich aus Oldenburg befaßte, auch noch der Beitrag von Renate Domnick, die auf Schwierigkeiten "im Umgang mit rechtsradikal belasteten Worten ('Nation', 'Führer')" hinwies und deshalb vorschlug, diese Begriffe bei entsprechenden Publikationen in ihren jeweiligen Kontext zu erklären." Das hat **Johannes Vollmer** nicht davon abgehalten, seinen in Pogrom abgedruckten Beitrag über den Nationalismus in der Zeitschrift "Wir Selbst" (1990) nachdrucken zu lassen und die GfbV nicht daran gehindert, im Mai 1990 den "großen Nationalitätenkongreß" der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) zusammen mit revanchistischen Gruppierungen wie der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" zu organisieren.



Tilmann Zülch: Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen

Auf der Jahreshauptversammlung 1989 hatte der in seinem Amt bestätigte Tilman Zülch an die Mitglieder appelliert, ähnlich wie GREENPEACE Aktivitäten zu entwickeln, damit die Schallgrenze der 10.000 Mitglieder erreicht werden könne. Seit diesem Beitrag sind medienwirksame Auftritte wie der geglückte Nachweis, daß trotz Verbot weiter Waffen von deutschen Betrieben (MBB) an den Irak geliefert wurden, oder der Hinweis auf den schlampigen Umgang des Deutschen Roten Kreuzes und anderer humanitärer Organisationen mit Spendengeldern auf der Tagesordnung der Vereinspolitik.

Nicht so sehr die Sache, sondern das eigene Image standen und stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten der GfbV. Eigene Probleme mit der Kassenführung, worüber die Protokolle der Jahreshauptversammlungen regelmäßig berichten, fallen wegen der spektakulären Öffentlichkeitsarbeit unter den Tisch. Nach über 20jähriger Menschenrechtsarbeit legt man Wert darauf, daß man im "deutschsprachigen Raum" einzigartig ist und immer zuerst über eine Ungerechtigkeit berichtet. Schließlich gehört die Gesellschaft zu dem erlauchten Kreis der 300 Organisationen, die den Bundestag beraten. Eine Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied und Schatzmeister Prof. **Ernst Tugendhat** über seine Einstellung zu Fragen der Eugenik und seine Unterstützung Professor **Singers**, der die Frage nach "wertem und unwertem" menschlichen Lebens in die Öffentlichkeit brachte und sich unter bestimmten Voraussetzungen für die Tötung "unwerten" Lebens einsetzte, hat in der Gesellschaft für bedrohte Völker wohl keinen Platz.

Wer die Moral zum Leitmotiv seiner Politik erhebt, muß sich auf seine Widersprüche hin befragen lassen. Die punktuelle Zusammenarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker mit neofaschistischen Publikationsorganen, die sich auch personell nachweisen ließe, hat ihre Ursachen in der Ideologie, die ihrer politischen Arbeit zugrundeliegt. Es geht nicht um das Menschenrecht der sozialen Gleichheit, auf das die tatsächlich unterdrückten Menschen einen Anspruch haben, sondern darum mit einer freundlichen Geste die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Das scheint das eigentliche Geschäft des Vereins zu sein.

Anton Maegerle

Deutsche Reichsjugend: ... und morgen die ganze Welt?

Der bundesdeutsche Rechtsextremismus hat eine nationale Jugendorganisation mehr: Rund 80 Mitglieder der FAP, der Wiking- und Bismarck-Jugend, der Heimattreuen Vereinigung Deutschlands, der Jungen Nationaldemokraten, der Deutsche Alternative und der Nationalen Offensive gründeten Anfang Mai 1991 in Villingen im Schwarzwald die "Deutsche Reichsjugend", kurz DRJ.

Nach Angaben von **Gunter Boschütz**, stellvertretender Kreisvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar und presserechtlich Verantwortlicher der DRJ-Gründungseinladung ist die Reichsjugend "zur Zusammenarbeit mit allen gutwilligen nationalen Parteien und Gruppierungen bereit, Aus-oder Abgrenzungsbeschlüsse gibt es nicht und wird es nicht geben." "Die Standarte", das Organ der DRJ, schreibt in ihrer Erstausgabe, die Reichsjugend wolle "eine Dachorganisation sein, die in erster Linie die nationalistische Jugend fassen soll - "ältere Kameraden haben die Möglichkeit uns durch eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen."

Bejubelt werden in dem ausländerfeindlichen Blättchen, der im März 1991 in München stattgefundene Revisionistenkongreß und die Ausschreitungen ("Jugend im Aufbruch") an der deutsch-polnischen Grenze vom 8.April 1991. Der Artikel schließt mit: "Auf Kohl können wir verzichten - auf Ostdeutschland nicht!!!" In den Bundesvorstand der DRJ, die "allen national denkenden jungen Deutschen die Hand zum gemeinsamen Kampf für unser deutsches Volk und Vaterland, aus welchen nationalen Verbänden sie auch kommen", wurden gewählt:

Bundesvorsitzender: Gunter Boschütz (Königsfeld-Burgberg), Geschichts-Student in Freiburg.

Stellvertreter: **Tillmann Beck** (Kreis Konstanz), ehemaliger Pressereferent des Ortsverbandes der "Jungen Union" (JU) von Konstanz, **Michael Hammer** (Schwarzwald-Baar-Kreis) und **Jürgen Wachtel** (Stuttgart), Aktivist der "Deutsche Alternative" (DA).

Beisitzer sind **David Stark** (Kreis Rottweil), **Andreas Saur**, **Armin Würthner** und **Uwe Vogel** (alle: Kreis Konstanz).

Am Informationstisch konnten sich die "jungen Kameraden", die überwiegend aus den Großräumen Konstanz und Stuttgart/Reutlingen angereist waren, mit Flugblättern der "Deutschen Alternative" (DA), antisemitischen Hetzblättern oder auch des gemeinsamen "Wunsiedel-Aufrufes'91" der "Nationalen Offensive" (NO) und der "Nationalen Alternative"/OstBerlin" (NA) versorgen.

Der Starredner der Gründungsveranstaltung, **Jürgen Schützinger**, ehemals stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender/NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und seit Januar 1991 Beisitzer im Bundesvorstand der "Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte", war nicht gekommen, so daß **Michael Swierczek**, Bundesvorsitzender der "Nationalen Offensive" (NO) und ehemals FAP-Landesvorsitzender in Bayern sowie **Bernd Maltaner** von der "Deutsche Alternative" (DA) längere Redebeiträge hielten.

Neben der politischen Alltagsarbeit wie Großkundgebungen, Infoständen, Sternmärschen und Fackelzügen will die DRJ, deren Mitglieder jährlich DM 44,- Jahresbeitrag berappen müssen, "auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung durch kameradschaftliche Aktivitäten entwickeln. Diese sind: "volkstümliche Sonnwendfeiern", "nationale Zeltlager mit Schulungen" und "sportliche Aktivitäten".

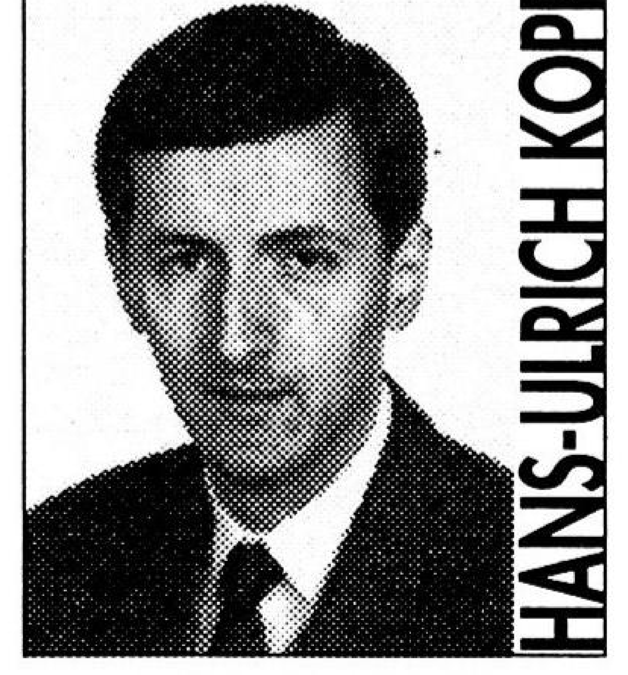
Oberstes Ziel der "Deutsche Reichsjugend" ist "die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen" (Präambel). Den "durch die Bonner Parteien geleisteten Verzicht auf die Ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse" lehnt die DRJ in ihrem 10 Punkte umfassenden Programm "konsequent ab." In der "Wiederherstellung Deutschlands in seinen historischen Grenzen" schießt man gar weit über die Auffassungen anderer rechtsextremer Organisationen in der Bundesrepublik hinaus. So heißt es in Punkt 3 des Programmes: Da die "Grenzen von 1937 aber mit den Verstümmelungsgrenzen des Versailler Diktates von 1919 identisch sind, und große deutsche Gebietsteile, wie z.B. Sudetenland, Westpreußen oder Österreich ausschließen, erkennt die DRJ auch diese willkürliche Grenzziehung nicht an."

Anton Maegerle

Rechtsschwenk der Nachwuchsvertriebenen

"Junge Landsmannschaft Ostpreußen" in Würzburg gegründet

In der Mai-Ausgabe der in Stegen bei Freiburg erscheinenden "Junge Freiheit" (JF), dem Intelligenzblatt der alten/neuen Rechten, vermeldet Hans-Ulrich Kopp, ehemals Bundesvorsitzender des "Republikanischen Hochschulverbandes" (RHV), unter der Schlagzeile "Verzicht wird nicht akzeptiert" die "zügige Neuformierung der Jugendverbände der Vertriebenen".



Hans-Ulrich Kopp

Mit großer Genugtuung weiß der Burschenschaftler Kopp zu berichten, daß am 7. April 1991 80 Delegierte "aus allen west- und mitteldeutschen Bundesländern wie auch aus Ostdeutschland" in Würzburg die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) ins Leben riefen, "um die Arbeit der Bekenntnisgeneration institutionell zu sichern und die gesamtdeutsche Verpflichtung der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen zu bekräftigen."

Zum 1. Bundesvorsitzenden der JLO, deren Delegierte sich in einer einmütig verabschiedeten Erklärung gegen die Oder-Neiße-Grenze wandten und ein Deutschland in den Grenzen von 1937 anstreben, wurde der 24-jährige hannoversche Student **Rüdiger Stolle** gewählt. Stellvertreter sind der Hamburger Journalist und "Criticon"-Autor **Ansgar Graw** sowie **Paul Witz** und **Michael Prymelski**. Vorrangige Aufgabe der Nachwuchsrevanchisten ist nach Angaben von Stolle "die Betreuung der in der Heimat verbliebenen Ostpreußen"

Anwesend bei der Gründungsversammlung der JLO war auch der CSU-Bundestagsabgeordnete **Josef Hollerith**, der die "deutschen Rechte" im Osten mit dem "Hebel der Wirtschaft" gesichert haben möchte. So gebe es heute bereits 800 Joint-venture-Unternehmen "in den Oder-Neiße-Gebieten und in Polen".

Der Kampf gegen die Oder-Neiße-Grenze eint die JLO mit der Führung des "Bundes der Vertriebenen" (BdV). Hartmut Koschyk, Generalsekretär des BdV und Hauptmann der Reserve, von 1982 bis 1988 Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend, seit 1987 Generalsekretär des BdV, ferner seit 1989 Bundesvorstandsmitglied der Paneuropa-Union Deutschland, führte in einem Interview mit der JF (Oktober/November 1990) u.a. aus: "Wir haben jetzt eine politische Entwicklung, die uns vermuten läßt, daß ein gesamtdeutscher Souverän, also ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament auf dem Gebiet West- und Mitteldeutschlands die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze anerkennen will. Unser Bemühen ist jetzt darauf gerichtet, die Individualrechte sowohl deutscher Vertriebener als auch der dort noch heute lebenden Deutschen unter allen Umständen zu wahren. Erste Herausforderung ist für uns der Wahlvertrag. Wir sind der Meinung, daß dieser Wahlvertrag deutschen Staatsangehörigen, die heute noch in den Oder-Neiße-Gebieten leben, eine Möglichkeit geben muß, mitzuwählen."

Der offen zur Schau getragene Rechtsruck des BdV hatte sich bereits im Frühjahr dieses Jahres angekündigt. Auf Initiative des BdV hin, wurde am 9. März 1991 in Bonn die "Arbeitsgemeinschaft Junge Generation", "eine neue Jugendorganisation beim BdV" gegründet. Diese soll die Rolle der bisher dem BdV angegliederten Jugendorganisation "DJO-Deutsche Jugend in Europa" ersetzen. Die 100.000 Mitglieder starke DJO, 1951 als "Deutsche Jugend des Ostens" gegründet und zunächst als inoffizielle Nachwuchsorganisation der Heimatvertriebenen geführt, war spätestens seit 1974, als sich der Verband programmatisch in "DJO-Deutsche Jugend in Europa" umbenannte, dem BdV ein Dorn im Auge. Offizieller Anlaß zur Trennung von der DJO dürfte deren Weigerung sein, eine BdV-Kampagne, die im April 1990 gestartet wurde ("114.000 qm deutsches Land fehlen noch!") mitzutragen. Der DJO-Bundesvorstand hatte die von Rechtsextremisten jeglicher Couleur bejubelte Kampagne zum Anlaß genommen, seinen Austritt aus dem BdV zu erklären.

Hein Brand

"Wildwest in Wolfenbüttel"? Äxte, Brandsätze, Straßenschlacht...

Ein Polizeibericht zwischen Dichtung und Wahrheit

Deutschlands Polizisten stehen nicht gerade im Ruf besonderen Bildungshungers. Ein Werk der Weltliteratur aber scheint es ihnen angetan zu haben: Dichtung und Wahrheit. Wo die Wahrheit zu kurz kommt, da wird der Polizeibericht zur Dichtung. Dies garantiert jedoch noch keine literarische Qualität und erst recht nicht, daß der Inhalt für die Betroffenen angenehm zu lesen ist. Die Polizei in Wolfenbüttel bot erst jüngst wieder ein Beispiel für einen mißlungenen Versuch der literarischen Verarbeitung des Polizeialltags. Linden, ein Stadtteil Wolfenbüttels, ist seit einiger Zeit vermehrt zum Schauplatz von Provokationen jugendlicher Neofaschisten geworden. Wie in vielen anderen Mittelstädten Niedersachsens auch, blieb es bald nicht mehr beim Beschmieren von Schul- und anderen Wänden mit rassistischen Parolen. So wurden ein Auto mit Kleister übergossen, dem Scherben und Rattengift beigemischt waren. AnwohnerInnen wurden eingeschüchtert, daß sie sich nicht trauten, gegen die neofaschistischen Umtriebe zu protestieren. Im Gegensatz zur Polizei wollte eine Reihe junger Wolfenbütteler AntifaschistInnen dem Treiben nicht länger zusehen. Für den 26. März hatten sie sich zu einer Aktion verabredet, bei der Nazi-Parolen übermalt, neofaschistische Aufkleber entfernt und Flugblätter verteilt wurden. Eine Aktion, die nur bei zwei Gruppen keine Zustimmung fand: den Neonazis und der Polizei.

Letztere griff denn auch bald ein. Ein Zivilwagen mit zwei uniformierten Polizisten fuhr in die Gruppe der ca. 50 AntifaschistInnen. Schon hier war es Zufall, daß niemand verletzt wurde. Es folgte ein Musterbeispiel für polizeiliches Denken. Einer der beiden Beamten, Polizeiobermeister Simon, verlangte einen oder die Verantwortlichen zu sprechen. Verständnislose Blicke ringsum. Verantwortliche, was soll das? Da sich keine Verantwortlichen fanden, erklärte Herr Simon kurzerhand den Nächststehenden dazu und ihn zugleich für verhaftet. Als dieser sich dieser Beurteilung der Sachlage nicht anschließen mochte und ungerührt weiter seines Weges ging, kam es bei POM Simon offensichtlich zu einem Kurzschluß: Er warf dem angeblich Verantwortlichen erst sein Funkgerät nach und lief ihm dann mit gezückter Pistole hinterher. Erst im dritten Anlauf gelang dann endlich die Festnahme einer Frau, die offensichtlich auch verantwortlich aussah. Die Frau an den Haaren ziehend näherte er sich dem Wagen. Als ihm ca. 15 AntifaschistInnen folgten, brannten anschließend weitere Sicherungen in schneller Folge durch. POM Simon zog seine Dienstwaffe, gab einen Warnschuß ab und zielte auf die sich Nähernden. Nachdrücklich versicherte er, er werde schießen. Der Rückzug der schockierten Jugendlichen folgte.

Was dann folgte, war High Noon in Wolfenbüttel. Endlich eine Unterbrechung des tristen Polizeidienstes in der Kleinstadt! Knapp 50 AntifaschistInnen wurden laut Braunschweiger Zeitung von 21 Polizeiwagen verfolgt. Zusätzliche Kräfte aus Salzgitter und Braunschweig wurden zugezogen. Geplant war auch die Hinzuziehung einer Hundestaffel. Noch bevor diese eintraf wurde die Gruppe eingekesselt und angehalten. Den Eingekesselten wurden nun demonstriert, daß die Polizei auch flexibel reagieren kann. Während am vorderen Ende des Kessels nur die Personalausweise verlangt wurden, zogen die Beamten am Ende des Zuges die direkte Aktion vor. Wahllos wurden Leute herausgegriffen, gewürgt und geschlagen. Frauen wurden durch männliche Polizisten durchsucht, ein Antifaschist festgenommen und zur Wache gefahren. Beifall war den tapferen Beamten bald sicher: etliche Neonazis sammelten sich in unmittelbarer Nähe des Geschehens, brüllten "Sieg Heil!", "Zekken, wir kriegen Euch" und das "Deutschlandlied".

Nachspiel: der mediengerechte Verkauf der Polizeiaktion. Als offizielle Begründung wurde angegeben, die Beamten seien mit einem Brandsatz beworfen worden. Tatsächlich führte die Gruppe der Antifas eine Flasche mit sich. Gefüllt mit der hochexplosiven Mischung H_2O (Anm. d. Red. für chemikalische Laien: H_2O=Wasser) und gedacht für den Fall eines Tränengasangriffes der Faschos. Radio FFN berichtete am folgenden Tag mehrfach in den Nachrichten, die Polizei sei mit Äxten angegriffen worden. Jedoch wird diese Version, nachdem sie die beabsichtigte Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt hat, selbst von der Polizei nicht mehr aufrechterhalten. Argument Nr. 3: An der Straßenschlacht (die, s.o., äußerst einseitig verlief) seien auch Autonome aus Berlin, Hamburg und Göttingen beteiligt gewesen. Die "Gefährlichkeit" der Eingekesselten sollte so, ohne daß nähere Erklärungen nötig wären, allein durch die Herkunft dargelegt werden. (Berlin gleich Hausbesetzer gleich Mainzerstraße gleich Terror. Göttingen gleich Juzi gleich Terror und Militanz. Hamburg gleich Hafenstraße gleich RAF-Sympathisanten.) Tatsächlich befand sich unter den Antifas jemand, der in Hamburg geboren wurde. Der Rest gehört in die Rubrik Dichtung.

Die Schnodderigkeit der obigen Zeilen soll nicht vom Ernst des Geschehens ablenken. Eine gezogene Schußwaffe ist keine Bagatelle, grundlos zusammengeknüppelte Jugendliche kein Anlaß für eine Polizeisatire. Doch ist das Vorgehen der niedersächsischen, speziell der Braunschweiger Polizei fast nur noch mit Galgenhumor zu ertragen. Da wird in Mackenrode eine Antifademonstration durch die Polizei mit CS-Gas angegriffen. Da werden in Göttingen plakatierende Jugendliche durch Polizeibeamte mit Schußwaffen bedroht. Da geht die Polizei in Stadthagen mit Schußwaffen gegen AntifaschistInnen vor, die sich gegen einen Angriff von Faschisten auf ein Konzert wehren. Zuviel der Vorkommnisse, um vom Kommissar Zufall auszugehen. Der zuständige Minister Glogowski (SPD) ist neu. Die Methoden altbekannt. Der Herr Minister hat sich schnell in sein Amt gefunden.

Peter Schulz-Oberschelp

Geschichtsfälscher sind auf die Dummheit ihrer Leser angewiesen -

Die Märchenstunde des Grafen Huyn



Hans Graf Huyn, CSU-MdB, beim Abschreiben ertappt

In zwei Bereichen gelten der Rechten die Ergebnisse geschichtlicher Forschungen als besonders revisionsbedürftig: Da ist zum einen die Relativierung der Massenvernichtungen, die im Faschismus begangen wurden. Sie reicht von der "Genozidforschung", die jedem Volk quasi naturwüchsig den Drang zur Begehung eines Genozids an einem anderen Volk andichtet (Nolte) bis zu ihrer schärfsten Ausprägung, der offenen Leugnung der Morde an bestimmten Bevölkerungsgruppen, umschrieben mit dem Stichwort "Auschwitzlüge". Dieser Bereich ist gegenwärtig den Rechtsextremisten vorbehalten.

Zum anderen betrifft es die Frage, ob der deutsche Faschismus den 2. Weltkrieg entfesselt hat oder als westliches Bollwerk gegen den Bolschewismus im Sommer 1941 die letzte Chance ergriff, einem drohenden sow-jetischen Überfall zuvorzukommen (Präventivkriegsthese). Zuletzt besonders plakativ von Hoffmann im sogenannten Historikerstreit vorgetragen, liefert dieser Ansatz ein gemeinsames Betätigungsfeld von Revisionisten der äußersten Rechten und gestandenen Konservativen.

Die Ansichten Hoffmanns waren nicht neu, schon **Philipp Fabry** hat sie vor fast 20 Jahren propagiert. Weitere zum Thema aufgelegte Werke, so die deutsche Ausgabe von "Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül" des sowjetischen Emigranten **Viktor Suvorow**, erschlossen keine neuen Quellen und damit Erkenntnisse. Dafür wurde selektiv und falsch zitiert, wie in dem Sammelband "Der zweite Weltkrieg" vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt festgestellt wird. Ein weiterer, in diesem Bereich tätiger Autor ist der Grazer Philosoph **Ernst Topitsch**, der wie Kanzler Kohl im Verlag Busse-Seewald publiziert und regelmäßig geschichtsrevisionistische Beiträge in MUT zum Besten gibt. Dieser "Militärexperte" habe sich weder um Forschungsergebnisse gekümmert, noch neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die sowjetische Politik erarbeitet, so Bianka Pietrow-Ennker in "Der zweite Weltkrieg": "Wohl aber liefert sein Buch jenen Schützenhilfe, die Hitler immer noch in erster Linie als ein Opfer sowjetischer Politik betrachten."

In "Criticon" 115 versuchte sich der Jurist und damaliges CSU-MdB **Hans Graf Huyn** in derselben Materie. Sein Beitrag ist ein Plagiat von Suvorow, mit eingelegten Sprenkeln des vor 20 Jahren geschriebenen Buches von Fabry:

Aufbau und Form des Artikels versuchen den Eindruck zu erwecken, hier handele es sich um eine eigenständige, wissenschaftliche "Leistung" von Huyn (so werden 18 Fußnoten aus 14 Quellen auf zwei DIN A4 Seiten ausgebreitet). Diese wenig gelungene "Symbiose" zweier zweifelhafter Autoren kann weder originell sein, noch neue Ansichten oder gar Quellen zur Präventivkriegsthese eröffnen. Interessant ist die Art und Weise, wie hier Geschichte geschrieben wird: Unter dem Mäntelchen von Wissenschaftlichkeit wird munter gefälscht, z. B. werden Quellen von Suvorow/Fabry anscheinend ohne eigene Sichtung übernommen und dabei die Falschzitate bis aufs falsche Satzzeichen abgekupfert. Kein wörtliches Zitat geht bei Huyn über das hinaus, was bei Suvorow und Fabry zu finden ist. Kurz, dieser Artikel ist ein lehrreiches Beispiel, wie in "seriösen konservativen" Theorieschriften wie Criticon Geschichte zurechtgebogen wird. Da der Artikel viel über die Arbeitsweise der konservativen Geschichtsumdeuter verrät, ist es nützlich, ihn im Detail zu betrachten.

Wer Geschichte neu schreiben will, braucht Belege für seine Behauptungen. Um Stalin die Schuld am 2. Weltkrieg unterschieben zu können, werden als Beleg Äusserungen von Stalin angeführt. Huyn bezieht sich an zwei Stellen auf J. Stalin. Einmal zitiert er aus einer Rede Stalins, die dieser auf einer Plenartagung des ZK am 19.1.1925 hielt. Die Stelle lautet im Original: "Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein *Gewicht*, das ausschlaggebend sein dürfte." (Stalin Werke Bd. 6, S. 11) Bei Huyn wird daraus: "Wir werden eingreifen, aber wir greifen als letzte ein, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, das Gewicht, das den Ausschlag geben dürfte". Das falsche Zitat vermengt zwei Sätze und versucht durch den Austausch des Wortes "auftreten" durch "eingreifen" die besondere Aggressivität Stalins zu suggerieren. Dieses falsche Zitat stammt nicht aus der Feder des Grafen. Er hat es einfach einschließlich einer falschen Seitenangabe von Suvorow abgeschrieben (Suvorow gibt die Seite 14 statt 11 an).

An einer anderen Stelle seines Artikels wiederholt Huyn dieses Zitat in indirekter Rede. Doch auch die indirekte Wiedergabe des Stalin-Zitats ist wörtlich von Suvorow abgeschrieben (Suvorow S. 62), ebenso wie die angebliche Quelle, die ebenfalls falsch ist!! Sie bezieht sich auf dieselbe Stalinrede und denselben Band der Gesamtausgabe der Stalinwerke, aber die Seitenzahl wird nun mit 140 statt 14 angegeben! Da ist Suvorow wohl eine 0 zuviel ins Manuskript gerutscht. Der Graf hätte es eigentlich als ehemaliger wissenschaftlicher Assistent der CDU/CSU-Fraktion merken müssen, da es sich eindeutig um ein und dieselbe Rede handelt, gehalten auf ein und derselben ZK-Sitzung. Auch nach Suvorow hätte Stalin solange ununterbrochen geredet, daß damit mindestens 125 Druckseiten gefüllt würden! Eine Leistung, die so unwahrscheinlich ist, daß auch bei der größten Faulheit eine solche Angabe eine Überprüfung der Quelle hätte nach sich ziehen müssen.

Unser Graf hält dagegen an seiner bewährten Arbeitsweise fest. Weil es noch nicht reicht, schreibt er den zweiten Hinweis Suvorows, der als Quellenangabe dienen soll, mit ab. Es handelt sich um den Bd. 7 der Werke, S. 158, wo Stalin über die Partei, speziell "Die Partei als Instrument der Diktatur des Proletariats" referiert. Von Krieg, speziell einem Krieg zwischen den imperialistischen, westeuropäischen Staaten und einer sowjetischen Einmischung in denselben ist hier nichts zu finden.

Bleibt festzuhalten: Die drei Quellenangaben, die Huyn angeblich aus den Stalin-Werken hat, sind falsch, wie bei Suvorow, bei dem sie abgeschrieben wurden.

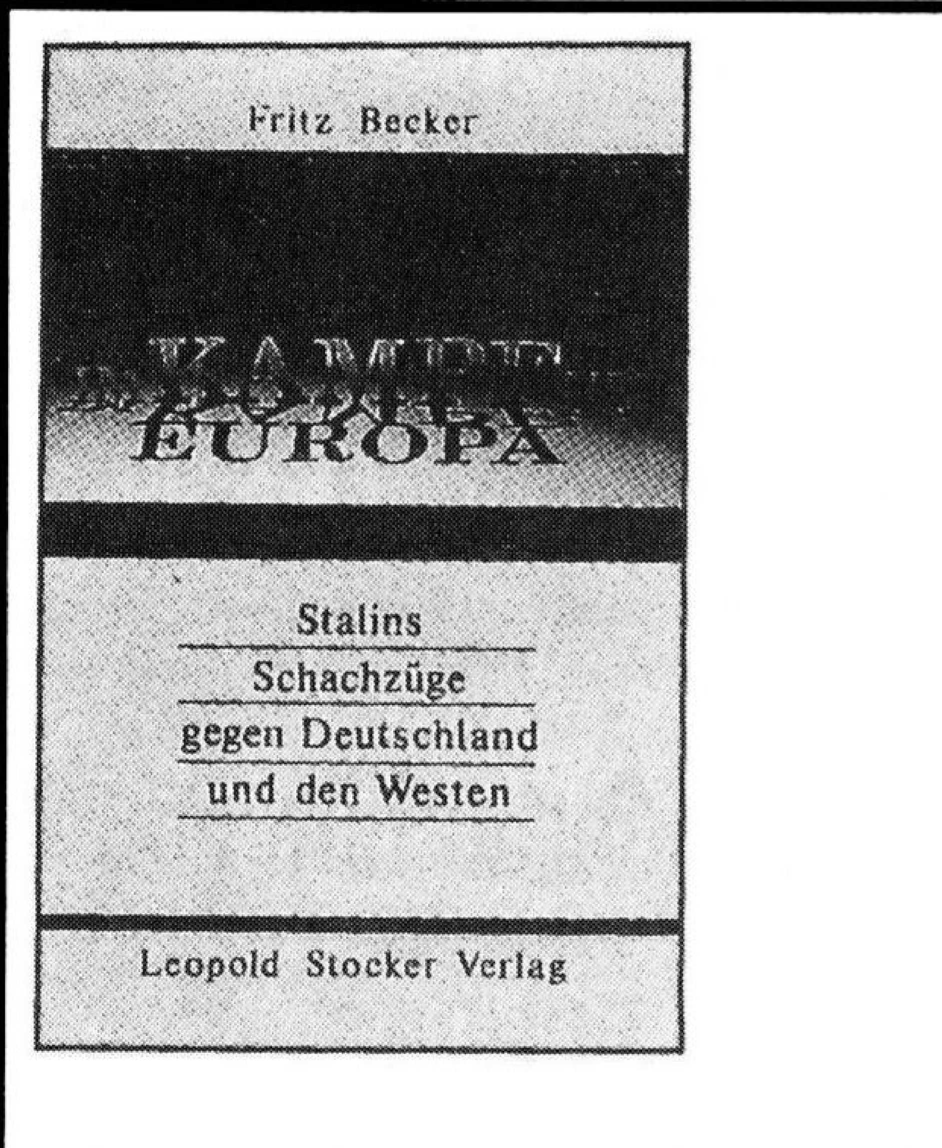
Für einen Nachweis von Stalins Kriegsgeilheit und damit seiner Schuld am 2. Weltkrieg reichen diese "Quellen" selbst in der zurechtgemachten Form nicht aus. Deutlichere Belege müssen her! Suvorow beschafft sie und Huyn schreibt sie wieder ab. Diesmal handelt es sich um Auszüge aus einer Rede Stalins, gehalten auf der Sitzung des Politbüros vom 19. August 1939. So steht es bei Suvorow und Huyn. Huyn behauptet, die bewußte Stalin-Äußerung sei durch eine Meldung der französischen Agentur "Havas" im Westen bekannt geworden. Wer es nicht glauben wolle, der könne nachlesen, bei E. Jäckel in: "Vierteljahreshefte für Zeit-

geschichte, München, Oktober 1958, S. 383." Auch diese Quelle taucht mit identischer Seitenangabe bei Suvorow wie beim Grafen Huyn auf - wen wundert es noch? Ein Grund



Die Vorlage für Huyns "wissenschaftliche" Arbeit...

mehr, den Artikel von Jäckel genauer zu lesen.
Schon die Überschrift paßt so gar nicht in das entworfene Bild des kriegslüsternen Stalin hinein. Fehlt sie deshalb bei Suvorow und Huyn gleichermaßen?. Sie lautet: "Über eine angebliche Rede Stalins vom 19. August 1939." Jäckel weist detailliert nach, daß es von dieser angeblichen Rede verschiedene Versionen gibt, die alle auf ein und dieselbe Quelle zurückgehen, den Genfer Havas-Korrespondenten **Henry Ruffin**. Dieser Herr habe zwar weder bekanntgegeben, woher er die Information hatte, noch wie er in den Besitz derselben gekommen sei, habe aber gleichwohl verschiedene Versionen in Umlauf gebracht. Nach Jäckel handelt es sich bei Ruffin um einen fanatischen Antikommunisten, der bereits 1925 in einem Buch gegen angebliche sowjetische Kriegstreiberei und kommunistischen Imperialismus polemisiert habe. Für Jäckel scheidet dieses angebliche Dokument für die wissenschaftliche Diskussion schlicht aus. Sollte der Graf jemals den angegeben Jäckel-Artikel in der Hand gehabt haben, gelesen hat er ihn wohl nicht.
Da Suvorow nicht aus dieser angeblichen Stalin-Rede zitiert, Huyn aber aus ihr ein paar "treffende" Worte an die Leser weitergeben möchte, ist er gezwungen, auf ein anderes, schon arg angestaubtes Geschichtswerk zurückzugreifen. Es handelt sich um Philipp Fabry`s "Die Sowjetunion und das Dritte Reich" aus dem Jahre 1971. Aus ihm entnimmt er zwei Zitate. Das erste ist ein Stück der angeblichen Stalinrede. Allerdings gibt der Graf nicht diese Quelle, sondern Ruffin an. Da der Artikel Ruffins im Original in französischer Sprache abgefaßt ist, bei Fabry wie 18 Jahre später bei Huyn aber in deutscher Sprache ohne Übersetzungsvermerk in völlig gleichem Wortlaut auftaucht, ist klar, woher des Grafen Quelle kommt, aus Fabrys Buch.
Das zweite Zitat, ein angebliches "Dokument der Komintern", steht bei Fabry auf derselben Seite wie das Ruffin-Zitat. Nach Fabry war es eine streng geheime Anweisung der Komintern an die Generalsekretäre der KP Frankreichs und Belgiens gerichtet. Die Echtheit sei kaum zu bezweifeln. Fabry ist im Zitieren ein bißchen schlauer als Suvorow und sein Abschreiber Huyn. Als Quelle gibt er Ruffin an, einsehbar im Bundesarchiv Koblenz. Den Jäckel-Artikel nimmt er nicht einmal in seine Bibliographie am Ende des Buches auf, obwohl er 13 Jahre vor seinem Werk erschienen ist. Und das hat einen guten Grund. Jäckel weist nämlich einwandfrei nach, daß das "echte" Kominterndokument zweifelsfrei falsch ist. Bei diesem in der Pariser Zeitung "L'Ordre national" erschienenen Kominterndokument handelt es sich in Wirklichkeit um eine Fiktion. Die Zeitung hatte in Form einer Studie eine, wie Jäckel richtig bemerkt, "Journalistische Spielerei" betrieben. Sie hatte versucht, sich in die Rolle der Sowjetunion zu versetzen und die Ergebnisse dieses Gedankenspiels eben als, auch so gekennzeichnetes, angebliches Kominterndokument veröffentlicht. Wie sollten die Verfasser 1939 ahnen, welche "Beweiskraft" ihre Gedankenspiele 20, 30 ja 60

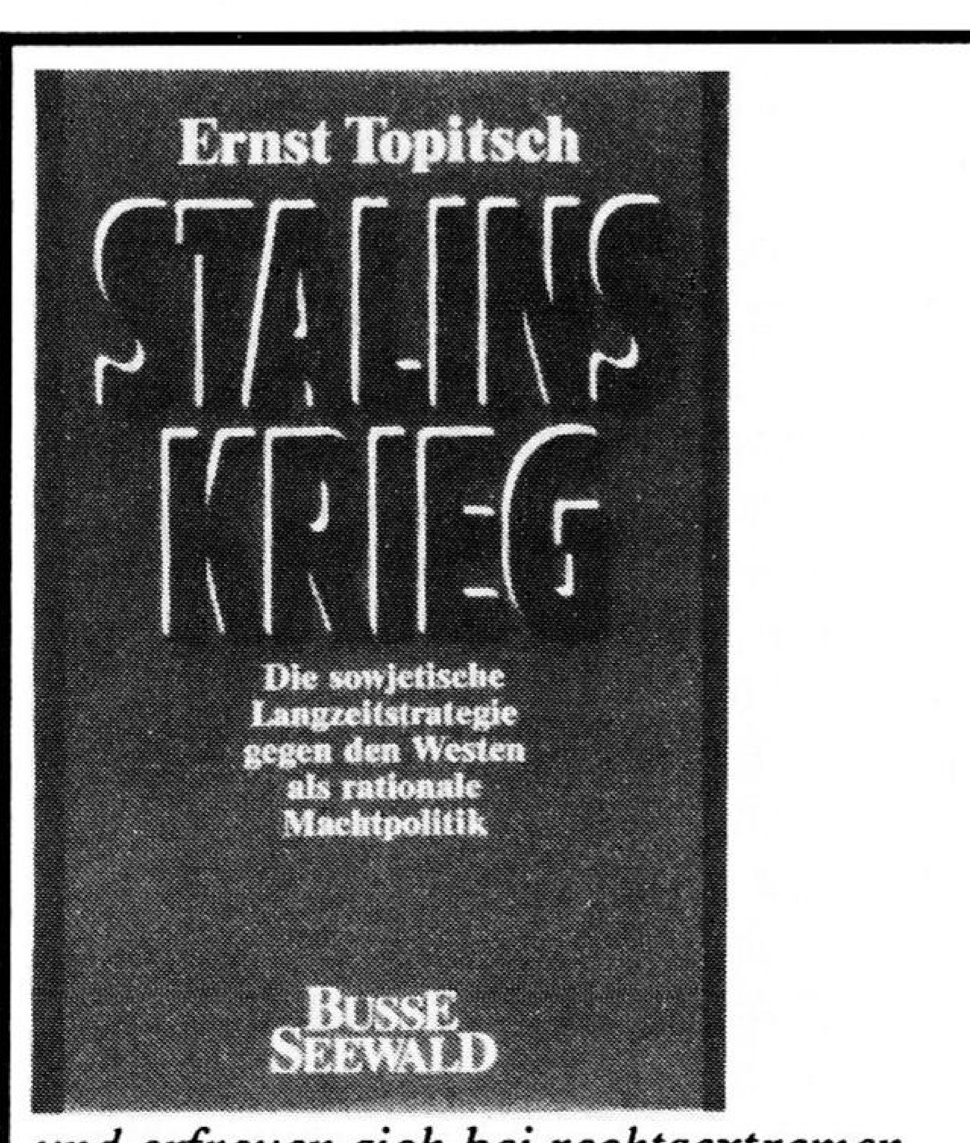


zieht weitere "Revisionisten" nach sich...

Jahren später bei westdeutschen "Konservativen" erlangen würden.
Stellt die Stalin-Rede ein zumindest zweifelhaftes Dokument dar, so ist die Anweisung der Komintern ein Phantasie-Produkt von Journalisten. Das sind zusammengenommen nicht gerade überzeugende Belege, die zudem nicht einmal neu sind. All das ist nachzulesen in jenem Jäckel-Artikel, den sowohl Suvorow wie Huyn als Quelle angeben.
Die Havas-Meldung von der angeblichen Stalinrede erfuhr kurz nach ihrer Veröffentlichung ein Dementi durch Stalin selbst. Wen wundert es da noch, das ausgerechnet das Dementi als Beleg für die angebliche Authentizität der Rede bei Huyn herhalten muß. Dieses Dementi, so Huyn, wäre nach Ansicht sowjetischer Experten schon fast eine Bestätigung. Und wer ist der russische Experte? Natürlich Viktor Suvorow, der Mann, den Huyn ununterbrochen abschreibt, der Zitate fälscht, angegebene Literatur entweder nicht gelesen oder deren Inhalt nicht zur Kenntnis genommen hat.
Was bleibt von dem sich wissenschaftlich gebendem Versuch des CSU-Grafen, der Sowjetunion die Kriegsschuld des Deutschen Faschismus aufzubürden? Zwei seiner Quellen beziehen sich auf Bundestagsdebatten der 80er Jahre, die wir als "Beweise" für die Präventivkriegsthese unbesorgt beiseite lassen können. Bleiben 16 Quellen, die angeblich aus 13 verschiedenen Veröffentlichungen stammen, in Wirklichkeit aber aus den Büchern von Fabry und Suvorow sämtlich abgeschrieben sind. In jedem historischen Seminar einer Uni wäre Huyn damit gescheitert, in "Criticon" gilt das als wissenschaftliche Leistung!
Die Veröffentlichung des CSU-Grafen Huyn ist ein Plagiat. Geschrieben zu dem Zweck, den deutschen Faschismus zumindest teilweise von der Kriegsschuld zu entlasten. Als "Beleg" dienen Quellen, deren Zweifelhaftigkeit bereits Jahrzehnte bekannt ist. Dabei bemüht dieser ehemalige "wissenschaftliche" Assistent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Artikel als "Beweis" für seine Phantasien, der in Wahrkeit die Wiederlegung seiner benutzten "Quellen" beinhaltet. Es sollte nicht unterschätzt werden, daß solche Artikel zu dem Zweck verfaßt werden, einer bestimmten Leserschaft solche Produkte als "wissenschaftliche" Arbeit unterzuschieben. E. Jäckel gilt dabei als Beweis dafür, auch seriöse, linke Quellen mit beachtet zu haben. Wer will heute, wo Antikommunismus und Nationalismus neue Blüten treiben, noch die angebliche Aggression der Sowjetunion bestreiten, wo selbst Jäckel...?? Nun, Jäckel belegt das Gegenteil. Es zeigt sich, wie nötig es ist, sich die Angaben solcher Herren wie Huyn genauer zu betrachten. An ihren Fälschungen sollt ihr sie erkennen!!!

Quellen:

Hans Graf Huyn: Der Hitler-Stalin-Pakt. Eine Ursache für die Teilung Europas und Deutschlands, in: Criticon 115, September/Oktober 1989, S. 237 - 239
Von ihm benutzte Quellen:
*Philipp W. Fabry: Die Sowjetunion und das Dritte Reich, Stuttgart 1971



und erfreuen sich bei rechtsextremen aller Schattierungen großer Beliebtheit

*Viktor Suvorow: Der Eisbrecher - Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart 1989
Siehe dazu besonders:
Bianka Pietrow-Ennker: Deutschland im Juni 1941 - ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen Grundzüge Forschungsergebnisse, München Zürich 1989

Friedrich Klein

Antisemitisches "Handbuch der Judenfrage" wieder verlegt!

In einer Auflage von 1.500 Exemplaren ist im März 1991 im Bremer Faksimile-Verlag, das vom Antisemiten **Theodor Fritsch** zusammengestellte und herausgegebene "Handbuch der Judenfrage. Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes", das während der NS-Diktatur im allgemeinen als eine Art Lehr- und Schulbuch betrachtet wurde, neu veröffentlicht worden.
Ernst Jünger, 95-jähriger Goethe-Preis-Träger der Stadt Frankfurt, legte laut Schreiben vom 15. November 1990 Wert darauf, "daß sein Aufsatz im Rahmen dieser Dokumentation" nicht erscheint.
Die geplante Neuveröffentlichung seines Beitrages "Über Nationalismus und Judenfrage", der im September 1930 in den "Süddeutschen Monatsheften" erschien, findet sich so leider nicht in dem kommentierten Faksimile-Nachdruck der 35. Auflage (Leipzig 1933) des "Handbuches der Judenfrage".
Erstveröffentlicht wurde der voluminöse 600-Seiten-Wälzer, der bis 1944 eine Auflage von 330.000 Exemplaren erzielte, unter dem Titel "Antisemiten-Catechismus. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage" im Jahre 1887 unter Fritsch's Pseudonym **Thomas Frey**.
1907 kommt schließlich die Umbenennung, der die Offenlegung des Pseudonyms vorausging (1891).
Ohne Fritsch, dem im Dritten Reich an der Berliner AVUS ein Denkmal errichtet worden war (das nach dem Krieg beseitigt wurde), ist die antisemitische Ausrichtung des "1000-jährigen Reiches", die im Holocaust gipfelte, so nicht denkbar.
1902 rief der Autor und Verleger Fritsch (Herausgeber u.a. des Werkes "Der internationale Jude" des US-Autofabrikanten Henry Ford), die gegen das Judentum, den politischen Katholizismus und die Freimaurerei gerichtete Zeitschrift "Hammer-Blätter für deutschen Sinn" ins Leben, die in seinem 1880 in Leipzig gegründeten Hammer-Verlag erschien. Der Hammer, dessen Lesergemeinde Fritsch 1911 im "Hammer-Bund" organisierte, gilt mit seinen 11.000 Beziehern (1923) als die weitestverbreitete deutsch-völkische Zeitschrift.
Fritsch, Mitbegründer des rassistischen und antisemitischen "Germanen-Ordens", der eine mystische Verherrlichung des deutschen Blutes betrieb, wurde wegen seiner Popularität in völkischen Kreisen im Nationalsozialismus vielfach "als Vorkämpfer, Inspirator und Altmeister der NS-Bewegung" gewürdigt. Tatsache ist, daß aus der bayerischen Or-densprovinz des "Germanen-Ordens", der "Thule-Gesellschaft", die DAP (später NSDAP) hervorging.
Jünger, in der Weimarer Republik einer der führenden Köpfe der "Konservativen Revolution", deren ideologisches Rüstzeug die Politik der NSDAP mitprägte, ist heute wieder politisches Vorbild der "Neuen Rechten" um das "Thule-Seminar".
Der Neuveröffentlichung seines Artikels "Nationalismus und Judenfrage" in Fritschs Handbuch hätte Jünger konsequenterweise zustimmen müssen; schrieb er doch 1930: "Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbar werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: In Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein."
3 Jahre später stellt Fritsch, im September 1933 im 81. Lebensjahr, kurz vor seinem Tod, lapidar fest: "Die Judenfrage wird solange nicht erledigt sein, als das Judentum nicht restlos in jeder Beziehung aus dem deutschen Volkskörper ausgeschieden ist."
Wieland Soyka, Geschäftsführer des Faksimile-Verlages, der einschlägig bekannt ist für die Neuauflage rechtsextremer Literatur jeglicher Couleur, im Geleitwort des "Handbuches": "Mit der Faksimile-Dokumentation zur Morphologie und Geschichte des Nationalsozialismus unternimmt der Faksimile-Verlag den Versuch, einzelne mit dem Nationalsozialismus stehende Themen und Fragenkomplexe so zu beleuchten, daß sich der Leser gewissermaßen das Urteil eines Zeitgenossen bilden kann."
Unverständlich bleibt nach Studium des primitiven Hetzwerkes, daß die "deutschen Volksgenossen" in ihrer überwiegenden Mehrheit solch wissenschaftlich verbrämten Schwachsinn überhaupt "glauben" konnten. Mit weiteren Neuauflagen (wie wär's mit Alfred Rosenbergs "Mythos des 20. Jahrhunderts"?) für "Forschungszwecke, insbesondere zur Ergänzung von Sammlungen" (Faksimile-Verlag) ist zu rechnen.

Jagdszenen im "Andreaskrug"

Der "Andreaskrug" in Schildsche bei Bielefeld gilt als Treffpunkt der Skins". Jochem Kollmer, bekannt durch Veröffentlichungen zum Themenbereich "Jugend und Rechtsextremismus" machte dort Mitte Mai einige schmerzhafte Erfahrungen - auch mit der Polizei.
Er suchte den "Andreaskrug" an einem Donnerstagabend auf, um mit **Michael Denk** ins Gespräch zu kommen, der ihm als jemand bekannt ist, der Skins beziehungsweise militante Fußballfans für die "Bewegung" des jüngst verstorbenen **Michael Kühnen** zu gewinnen versucht. Dora Hartmann schildert im Bielefelder Stadtblatt den Gesprächsversuch wie folgt:
"Denk war nicht da, nur ein knappes Dutzend Skins und ebensoviele andere Gäste. Etwa 20 Minuten später betrat jedoch **Bernd Stehmann** das Lokal, seines Zeichen Ortsgruppenleiter der `Bewegung' und als solcher Vertreter von **Thomas Hainke**. (Der soll mittlerweile Gauleiter Ostwestfalen-Lippe sein und zur Zeit in Österreich weilen, bei Kühnens Nachfolger **Gottfried Küssel**.)
Stehmann baute sich recht bald vor Kollmer auf, um ihn mehrmals zu fotografieren. Immer mehr Skins und hinlänglich bekannte Neonazis betraten derweil das Lokal. Der Ortsgruppenleiter sprach inzwischen mit der Wirtin. Bis diese sich plötzlich an Kollmer wandte, der das Gespräch so protokollierte: 'Sie wissen, wo Sie sind?' Kollmer bejahte. 'Es könnte Ärger für Sie geben, da möglicherweise noch mehrere kommen.' 'Das glaube ich nicht', konterte der Gast. 'Das nehmen Sie dann in Kauf', parierte die Wirtin.
Sie sollte Recht behalten, es kamen mehr. 30 Skins und Neonazis bevölkerten die Kneipe. Wieder sprachrohrte die Wirtin Kollmer gegenüber: 'Ich fordere Sie auf, das Lokal sofort zu verlassen. Das ist eine Anweisung vom Chef.' Kollmer, einiges gewohnt, zeigte sich unbeeindruckt. Er verließ sich auf die beiden Beamten, die er zuvor in einem Streifenwagen vor dem Andreaskrug gesehen hatte. Ein Skin klärte ihn jedoch auf, daß die Polizei abgerückt sei. Kollmer und sein Begleiter beschlossen, sofort zu gehen. Zu spät. Beim Rausgehen bekam er einen mächtigen Tritt in die Leistengegend. Er ging weiter, bemerkte indes, daß er verfolgt wurde. Glücklicherweise bog in diesem Moment der Streifenwagen um die Ecke. Ohne daß Jochem Kollmer irgendetwas zu dem Beamten gesagt hätte, bemerkte dieser: 'Herr Kollmer, das hätte ich Ihnen vorhin schon sagen können. Das haben Sie durch Ihr Auftreten provoziert.'
Warum, stellt sich hier die Frage, sind die Beamten, sonst bei Gefahr im Verzuge immer schnell dabei, weggefahren? Schroff reagierte die Polizei auch auf das Anliegen Kollmers, Anzeige gegen den Schläger und gegen die Träger der verbotenen Keltenkreuze im Lokal stellen zu wollen: 'Ich lasse mir von Ihnen nicht vorschreiben, was ich zu tun habe.' Erst nach längerem Drängen ließen sich die Beamten überreden, mit Kollmer noch einmal das Lokal aufzusuchen. Dieser im Rückblick: 'Die ganze Aktion dauerte höchstens eine Minute. Daß sie keine Täter ermitteln wollten, war offensichtlich.' Mit dem Zusatz, er könne sich ja bei Herrn Kruse beschweren, erhielt Kollmer stattdessen die Aufforderung, sofort wegzufahren. Bevor das geschehen konnte, machte sich jedoch der Streifenwagen aus dem Staub - obgleich noch immer etliche Skins und Neonazis vor dem Andreaskrug standen. Am nächsten Tag rief Kollmer wegen der Vorfälle im Polizeipräsidium an. Dort erfuhr er, daß der Observationsbericht des Andreaskruges um 20.30 Uhr endet...."

Peter Kratz

Antisemitismus als Basis treudeutscher Palästina-Solidarität

Eine Antwort auf Ingolf Ahlers

»Die jüdische Bevölkerung des Staates Israel versteht sich wesentlich als zivilisatorischer Vorposten des Westens in einem Meer arabischer Barbarei«, schreibt der Politikwissenschaftler Ahlers im "Rechten Rand" Nr. 11. Wer so schreibt, stellt nicht nur eine neue "Judenfrage", er will auch eine neue "Endlösung" für alle Juden, diesmal waren nur die in Israel greifbar, danke, Saddam. Daß die Bevölkerung jüdischen Glaubens des Staates Israel vielleicht ebenso heterogen in ihren Ansichten, Lebensweisen, in ihrem politischen Handeln und Wollen sein mag wie die deutschen Christen, mag für einen Wissenschaftler einer deutschen Universität eine zu schwierige Denkfigur sein, aber auch für den "Rechten Rand"?.

Im Artikel von Ahlers finden sich die zentralen Stereotype, mit denen die faschistischen Ideologen einen Antisemitismus konstruierten, der geradewegs nach Auschwitz führte. Da ist der hinterlistige Geld-Jude, der sogar einmal taktisch »überhöhte Preise« für arabisches Land zahlt (und zahlen kann), um auf verlogene Art zu seinem Ziel zu kommen. Da ist das angebliche jüdische Gewaltmenschentum, von dem die historische faschistische Literatur überquillt: »Gewaltförmigkeit ist daher Konstituens israelischer Staatsbildung« (Ahlers). Der "Kampf Germaniens gegen den Angriff Judas" (vgl. z.B. Houston Steward Chamberlain und Gefolge) mit Auschwitz als "Notwehr" sollte eigentlich noch gut in Erinnerung sein. Den Inhalt von Ahlers' Satz, der »alttestamentarische Wert des auserwählten Volkes« werde »zum Überheblichkeitswahn umfunktioniert«, findet man auch in der historischen faschistischen Literatur. Nationalismus darf es offenbar immer nur auf einer Seite geben, der anti-jüdischen: »Wie viele nationale Befreiungsbewegungen verleugnete schließlich der Zionismus als 'Idee der jüdischen Staatlichkeit' (Diner) die Rechte der Bevölkerung einer anderen Nation«; der palästinensische Nationalismus mit seiner Forderung, alle Juden Palästinas zu ersäufen, ist davon in Ahlers Augen sicher meilenweit entfernt. Und schließlich soll auch noch die sozialistische »Gesinnung« (verräterisch, wenn Ahlers hier ein Wort aus der Nazi-Sprache verwendet) der Kibbuz-Bewegung abgesprochen werden, da offenbar Sozialismus immer auch seine National-Komponente haben muß, wie bei den Palästinensern oder den Deutschen und Österreichern. Den Juden aber steht keine Nation zu, wie uns die faschistischen Klassiker sagen: Juden leben immer nur blutsaugend im "Wirtsvolk", wie es früher hieß, heute heißt es, und zwar bei Ahlers: »Bis heute erfolgt die Einbeziehung arabischer Arbeitskraft ausschließlich aus ökonomischen und marktpolitischen Gründen« - ja, aus welchen sollte sie denn sonst erfolgen, im Kapitalismus?
Ahlers kreidet den Juden als fiktiver Gesamtheit das an, was zum Wesen des Kapitalismus gehört: Ausbeutung der Arbeitskraft, Unterdrückung und Expansion. Das ist eine klassisch faschistische Argumentation, die der linken entgegengesetzt ist. »Die jüdische Bevölkerung« mit ihrem »Überheblichkeitswahn« und ihrer angeblichen »kollektiven Mentalität« ist von Ahlers unterschiedslos und in Gesamthaftung als Gefahr Kleinasiens erkannt, so wie das "internationale Judentum" bzw. "Weltjudentum" vor 60 Jahren als die Gefahr für Europa erkannt worden war. Der jüdische Kommunist, Kollege vom Fließband, mußte damals (heute konnte es gerade noch verhindert werden) gleichermaßen mit dem jüdischen Bankier ins Gas, denn das Jüdische schlechthin war/ist in dieser Argumentation die Gefahr. Den Zionismus als »Legitimation kolonialer Landnahme« (Ahlers in der Überschrift) zu bezeichnen, setzt den Bezug auf den faschistischen Begriff des "Weltjudentums" geradezu voraus: Kolonien haben Mutterländer. Zu dieser Denkweise paßt, daß Juden angeblich durch »Siedlungsachsen, Siedlungskeile und Siedlungsringe« (Ahlers) auch heute wieder einkreisen wollen, um anschließend aussaugen zu können, so wie damals die faschistische Welt die "Einkreisungspolitik" des "jüdischen Weltbolschewismus" inklusive des "verjudeten" England mit dem Zweiten Weltkrieg aus "Notwehr" beantworten mußte. Auch die faschistischen Schreckgespenste der »Orientalisierung« und des »Orthodoxisierungsschubs« mit ihren angeblich alle Welt gefährdenden Folgen fehlen im Ahlers-Text nicht, so wie schon damals die orthodoxen Juden Osteuropas diejenigen waren, die nicht nur den größten Nazi-Haß auf sich zogen und zuerst erschossen und vergast wurden, sondern mit denen sogar ihre westlichen Leidensgenoss-Innen oft nichts zu tun haben wollten. Daß Ahlers die israelisch-arabischen Geschehnisse in der Überschrift mit christlichen Begriffen bezeichnet (»Reconquista«: das war die Rückeroberung Spaniens von den islamischen Mauren durch den christlichen Feudalismus; »heiliges Land«: das ist die rein christliche Bezeichnung für Palästina), macht deutlich, wie sehr er implizit von der nazistischen und neofaschistischen Vorstellung eines einheitlichen Blocks des "Judaochristentums" ausgeht.

"Palästina den Nazis!" ?

Gottesstaaten und Nationen jeder Art sind uns internationalistischen Linken ein Greuel. Daß der Zionismus eine Unterform der europaweiten, wenn auch je spezifischen, völkischen Bewegung war und alles andere als links, wußten wir auch schon, bevor ein paar Pseudolinke der 80er Jahre den Antisemitismus (wiederver-) wendeten. Allerdings



fällt die Bewertung des Zionismus nach Ausch-witz anders aus als vorher: die aufgrund jüdischer Volkstumsbewegung ausgewanderten jüdischen EuropäerInnen haben überlebt. Nur ein Nazi kann das bedauern.
Daß die zionistische Bewegung ebenso wie der arabische Nationalismus Spielbälle in der Politik des britischen Kapitals gegen das deutsche und umgekehrt waren, muß man uns Linken nicht erst erklären: unsere Vorfahren haben es analysiert. Bemerkenswert ist, daß die antijüdisch-antisemitischen Palästina-Solidarisierer von heute nie ein Wort über die deutsch-arische Kolonisation Palästinas am Beginn dieses Jahrhunderts durch die deutschen Templer verlieren; solche Brückenköpfe des deutschen Kapitals gab es selbstverständlich auch in Palästina. Die meisten der "arisch"-deutschen Templer-SiedlerInnen waren dann in den 30er/40er Jahren die besten ortsansässigen Verbündeten der Nazis.
Es wäre so verfehlt, wie es die Pauschalisierungen von Ahlers sind, wollte man den PalästinenserInnen bzw. AraberInnen schlechthin unterstellen, Nazis gewesen zu sein. Der Palästina-Konflikt ist eben etwas komplizierter. Dennoch und gerade deshalb

- auch weil die Linke so wenig darüber weiß - ist es nötig, auf die arabisch-nazistische Koalition einzugehen. Denn auch diese ist ein Erklärungsgrund für politische Strömungen, die man heute in Israel antrifft.
In der Tradition des Kaisers und des deutschen Kapitals "Bagdad-Bahn" und Waffenlieferungen in den Mittleren Osten wurde bereits 1931 von arabischen Nationalisten, die gegen den britischen Neokolonialismus kämpften, eine am Nationalsozialismus orientierte Partei in Bagdad gegründet, der 1933 in Ägypten eine ähnliche Partei folgte. Deren ägyptische Führer nahmen 1936 am NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg teil und hatten Einfluß auf den späteren ägyptischen Präsidenten Nasser, vor Saddam Hussein und Muhammad al Gaddafi erster Held der "arabischen Revolution". Die direkte Kollaboration der ägypischen Nationalisten mit den Nazis, auch derer um die Gruppe der "Freien Offiziere" Nassers und Sadats, wird überall in der wissenschaftlichen historischen und militärhistorischen Literatur bestätigt. Später dann, in den 50er und 60er Jahren, baute Ägypten seine gegen Israel gerichtete Militärmacht mit Hilfe von deutschen Wehrmachts- und SS-Offizieren und den Technikern der faschistischen Flugzeugfabriken, vor allem Messerschmitt, auf. Anfang der 60er Jahre verfügte Ägypten mit nazi-deutscher Hilfe bereits über Raketen und Giftgasgranaten, die nicht nur im Jemen eingesetzt wurden, sondern auch öffentlich als gegen Israel gerichtet präsentiert wurden. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die zahlreichen Übriggebliebenen der NSDAP-Auslands-organisation, die in Kairo vor 1945 nach Buenos Aires die zweitstärkste Parteigruppe unterhielt (vgl. z.B. Donald M. McKale: "The Swastika Outside Germany", Kent 1977).



Wehrsportgruppenchef K.-H. Hoffmann pflegte Kontakte zur PLO

Auch von der Aufstellung islamischer SS-Verbände und von einer Anweisung des SS-Chefs Himmler zur religiös-weltanschaulichen Pflege der islamischen Verbündeten, die im November 1944 zur Einrichtung einer SS-eigenen Mullah-Schule in Dresden (!) führte, wird in der Literatur übereinstimmend berichtet. Die politische, militärische und finanzielle Unterstützung des putschistischen irakischen Militärregimes nach 1941 durch Nazi-Deutschland, übrigens auch mit Messerschmitt-Flugzeugen, ist ein Fall, an den die Neonazis - im Gegensatz zu der Mullah-Schule auf deutschem Boden - gerne während des Golfkriegs 1991 erinnert haben.
Bereits in den antibritischen Unruhen in Palästina 1936 bis 1939 nahmen die Nazis eindeutig für die Araber, gegen die Briten und gegen die jüdischen Siedler Partei. Der in Oxford lehrende polnische Historiker Lukasz Hirszowicz berichtet in seinem Buch "The Third Reich and the Arab East" (London 1966) von arabischen Nazi-Gruppen, die damals in Syrien entstanden und sich auch über Palästina verbreiteten. Der deutsche Militärhistoriker Bernd P. Schröder druckt in "Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg" (Göttingen 1975) Fotos palästinensischer Freischärler in Autos des nazi-deutschen Konsulates mit Hakenkreuz-Fahnen in der Hand. Nazi-Deutschland stellte sogar arabische Kampfeinheiten auf und trainierte Guerrilla- und andere Truppen der arabischen Nationalisten, die gegen die Briten kämpfen sollten. Der Aufbau der "Deutsch-Arabischen Lehrabteilung" durch Nazis und Wehrmacht in den 40er Jahren war die Vorstufe zur Militärhilfe durch ehemalige Wehrmacht- und SS-Offiziere nach 1950. Ein Dokument des damaligen nazi-deutschen Botschafters in Ägypten für den Aufbau eines deutschen "Islam-Programms" druckt Schröder im Faksimile. Es gibt Aufschluß darüber, wie sehr die Nazis an der Erforschung der islamischen Religion und Kultur interessiert waren und diesbezügliche Anstrengungen unternahmen, die schließlich den Ölinteressen des deutschen Kapitals hätten zugute kommen sollen.
Die Nazis unterstützten erwiesenermaßen auf allen Ebenen, militärisch, publizistisch und finanziell, die arabischen nationalistischen Gruppen, wobei neben Moslem-Gruppen im afrikanischen Arabien Palästina eine Zeitlang im Mittelpunkt stand. Eine besondere Rolle im damaligen Kampf der Palästinenser-Innen um ihr Land (oder das Land ihrer Feudalherren) spielte der Mufti von Jerusalem **Al Husseini**, der - von den Briten ins Amt gehoben - als der oberste Führer der PalästinenserInnen auftrat und - als die Briten den Juden einen eigenen Staat versprachen - zusammen mit Hitler gegen den Judenstaat arbeiten wollte (gemeinsame Konferenzen 1941 anläßlich eines internationalen faschistischen Treffens in Berlin). Al Husseini organisierte durch unermüdliche Reisen wesentliche Teile der nazi-arabischen Kollaboration seit den 30er Jahren und - so kam es beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ans Licht - engagierte sich später auch innerhalb der SS direkt bei der Ermordung südosteuropäischer Juden und deren Abtranspost in die "Vernichtungslager". Nach zahlreichen übereinstimmenden Quellen waren es vor allem **Alfred Rosenberg** und dessen "Außenpolitisches Amt der NSDAP", die sich damals für den arabischen Nationalismus einsetzten. Rosenberg hat immer wieder eine größere Unterstützung arabischer Nationalisten auch durch Parteigliederungen der NSDAP gefordert und sogar auf eigene Faust deutsche Waffenlieferungen in den Nahen Osten organisiert.
Schon Hitler selbst hatte sich positiv über den Islam ausgelassen, der nazi-deutsche Botschafter in Kairo hatte eine enge Beziehung zwischen Islam und Faschismus konstatiert: »Nationalsozialistische Auffassungen begegnen sich in vielen islamischen Grundsätzen« (zit. n. Schröder S. 217; AntifaschistInnen sehen das freilich anders). Heute setzt die neurechte Ideologin **Sigrid Hunke**, lange Jahre Vize- und Ehrenpräsidenten der aus dem Rosenberg-Umkreis entstandenen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." (DUR), diese Anbiederungsversuche zum Nachteil der Juden mit ihren neuen Büchern über den Islam fort.
Die von Rosenberg herausgegebene Zeitschrift "Nationalsozialistische Monatshefte", Organ des Nazi-Kirchenkampfes und vom späteren DUR-Chefideologen **Eberhard Achterberg** redigiert, brachte immer wieder Artikel zum Islam, zur Nahost-Problematik, zur britischen Kolonial- und Suez-Kanal-Politik, zum Kulturkreis Arabiens usw., ebenso primitivste Hetzartikel über eine angeblich jüdische Beeinflussung der britischen Politik allgemein und im Bezug auf den Nahen und Mittleren Osten. Unter Bezug auf den Mufti von Jerusalem wird hier »Englands europäische Aufgabe in Palästina« (Heft März 1939) in der Verhinderung des jüdischen Staates gesehen und (S. 24 f) Rosenbergs grundsätzliche Stellungnahme hierzu veröffentlicht: daß nämlich die Juden Europas in den Sümpfen Madagaskars in einem SS-kontrollierten Ghetto elendiglich ums Leben kommen sollten, statt sich in Palästina anzusiedeln. Übrigens ist der bis Ende 1990 amtierende langjährige Präsident der DUR, **Horst Prem**, ein leitender Ingenieur der Messerschmitt-Nachfolge-Firma MBB, jetzt wieder durch deren Waffenlieferungen an den Irak Saddams in die Schlagzeigen geraten. So können sich Kreise schließen.
Man muß wohl nicht mehr ausdrücklich die Beziehungen zwischen der PLO und der Wehrsportgruppe Hoffmann aus den 70er Jahren in Erinnerung rufen; auch dies sollten Linke trotz späterer PLO-Distanzierung nicht vergessen.
Vor einem solchen historischen und aktuellen Hintergrund wird mir manche israelische Politik verständlicher, ohne daß ich sie gut heißen würde. Vor diesem Hintergrund habe ich manche neue Kritik an palästinensischer Politik, auch wenn mir nach der 70jährigen Chaos-Politik des Kapitals im Nahen Osten ein PalästinenserInnenstaat zur Lösung des Problems unabdingbar erscheint. Ein undifferenzierter und uninformierter Artikel wie der von Ingolf Ahlers bringt der Linken nichts an größerer Klarheit und Basis zur Meinungsbildung, er dürfte nach meiner Ansicht in einer antifaschistischen Zeitschrift so nicht erscheinen.

Sönke Braasch

Deutsche Allianz

Unter Ausschluß der beiden Antagonisten Dr. **Gerhard Frey** und **Franz Schönhuber** läuft seit Mitte letzten Jahres das Projekt Sammlungspartei der extremen Rechten. Der erwünschte Mißerfolg von NPD (0,3%) und "Republikanern" (2,1%) bei der Bundestagswahl vom 2.Dezember 1990 liefert den Gründervätern um **Harald Neubauer, Franz Glasauer** und **Peter Recknagel** ein weiteres Argument: "So darf es nicht weitergehen! Alle demokratischen Patrioten gehören an einen Tisch. Die Basis will es längst. Egoismus und Vereinsmeierei müssen überwunden werden." Und so wird versucht, die Einheit von oben durch entsprechende lokale Stammtische, Gesprächsrunden und Bündnisse bzw. Zusammenschlüsse auf kommunalpolitischer Ebene zu begleiten.



Gründungsveranstaltung der Deutschen Allianz in München

Aus dem "Arbeitskreis Vereinigte Rechte" ging am 18.Januar 1991, dem Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung, der Verein "Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte" (DA-VR) hervor. Drei Sprecher vertreten seither die "Allianz". Neben Harald Neubauer und dem Oberlengenfelder Rechtsanwalt **Johannes Pauli** noch der 1976 aus dem Polizeidienst Baden-Württembergs entlassene **Jürgen Schützinger**. Schützinger wurde zwei Jahre später zum Landesvorsitzenden der baden-württembergischen NPD gewählt. Seit 1979 nahm er dann verschiedene Funktionen innerhalb des Bundesvorstandes der Nationaldemokraten wahr. Zuletzt war er Stellvertreter **Mußgnugs**. Noch vor den gesamtdeutschen Wahlen fusionierten Schützinger (seit 1980 Stadtrat in Villingen-Schwenningen) und die beiden anderen nationaldemokratischen Gemeinderäte in der südschwarzwälder Doppelstadt Villingen-Schwenningen mit den "republikanischen Parteigenossen" zur "Vereinigten Rechten". Zusätzlich zum Sprecheramt der "Allianz" ist der Ex-Polizist noch Landesbeauftragter für die "Vereinigte Rechte" in Baden-Württemberg. Den Beschluß seines ehemaligen NPD-Landesverbandes, der "Allianz" beizutreten, hob der Bundesvorstand der NPD auf. Mit 20 gegen 3 Stimmen sprach das oberste Gremium der Partei ein Anschlußverbot aus.

Auf der Sitzung des Vorstandes der "Allianz" in Stuttgart am 23.Februar wurde die Konstituierung zur politischen Partei für den 3.Oktober 1991 angekündigt. Bis dahin sollen möglichst viele Mitglieder aus NPD, DVU und REP sowie DSU in die "Deutsche Allianz" eingebunden werden. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 5.April 1992, so die derzeitigen Planung, gelte es Mithilfe eines entsprechenden Wahlergebnisses den Führungsanspruch innerhalb des rechtsextremen Lagers gegenüber den REPs durchzusetzen. "Wenn es von oben nicht funktioniert, muß es eben von unten her aufgerollt werden". Entsprechend dieser Devise Jürgen Schützingers begleiten lokale "Basisinitiativen" die "nationale Sammlung". "Deutsche Freundeskreise" an Untermain ("regional selbständige Organisation auf der rechten Seite des politischen Spektrums") und in Südhessen werden von den Kreisvorsitzenden der NPD und der "Republikaner" gemeinsam geleitet. Der "Arbeitskreis Oberpfalz-Patriotische Initiative" (AKOPI) des DA-Beisitzers **Reiner Born** lädt im Großraum Regensburg zu einem "Nationalen Stammtisch" ein. Mit von der Partie sind bei der "Partei der nationalen Sammlung" zumeist altbewährte "N-Kader" (Claus Leggewie) der rechtsextremen Szene. Der Senior im Bundesvorstand der "Allianz" ist das ehemalige NSDAP-Mitglied **Walter Seetzen**, geboren am 26.November 1916. Nach 1945 betätigte sich Seetzen als Funktionär in der neonazistischen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP). Der Parteileitung der "Deutschen Reichspartei" (DRP) gehörte Seetzen ab dem 2.Dezember 1961 bis zu deren Überführung in die NPD an. Der ehemalige Generalsekretär der NPD (1979-1988) war bis zur Parteivorstandssitzung in Wölfersheim am 16.Dezember 1990 einer von drei Stellvertretern Mußgnugs. Inzwischen ist der Juwelier Seetzen Koordinator der "Deutschen Allianz" für Norddeutschland und Landesbeauftragter für Bremen. Unter den Beisitzern des Bundespräsidiums der "Deutschen Allianz" befindet sich auch der 28jährige ehemalige "Republikaner" **Markus Beisicht**. Seine Karriere begann er beim "Ring Freiheitlicher Studenten" (r.f.s.) in Köln. Von 1984 an amtierte der damalige Jurastudent für drei Jahre als Bundesvorsitzender des r.f.s., bis 1986 war er Redaktionsmitglied der Zeitschrift "Student". Im selben Jahr verließ Beisicht die CDU und engagierte sich im Oktober 1986 im bayerischen Landtagswahlkampf für die "Republikaner". Sein Engagement brachte ihm einen Platz im Bundesvorstand und im Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen, den Vorsitz im Kreisverband Köln und die Spitzenkandidatur zur Kommunalwahl am 1.Oktober 1989. Nach innerfraktionellen Querelen trat Beisicht mit den beiden anderen verbliebenen "Republikanern" **Manfred Rouhs** und **Gabriele Schlaeper** am 30.Januar 1991 der DA-VR bei. Prompt avancierte der vormalige "Republikaner" ("Weißt Du noch, als ich eingetreten bin. Das war am 20.April. Da haben wir gefeiert! Und waren nachher in diesem Puff am Rhein.") zum Landesbeauftragten der "Deutschen Allianz" für Nordrhein-Westfalen.

Ein Programm hat die "Allianz" bislang noch nicht vorgelegt. Eine Kommission unter Vorsitz von Johannes Pauli soll bis zum Sommer einen Programmentwurf erarbeiten. Neben dem DA-Sprecher Pauli sind noch Jürgen Schützinger (Innere Sicherheit), **Karl Richter** (Kultur/Deutschlandpolitik), **Katharina Behrend** (Familie und Soziales), **Rüdiger Schrembs** (Wirtschaft u.Finanzen) und Peter Recknagel (Handwerk u.Mittelstand) in der Kommission vertreten. Interessenten werden vom Bundesorganisationsleiter Recknagel "gebeten, an der Erstellung des Programmes mitzuarbeiten und ihre Vorschläge schriftlich" einzureichen. Neues ist dabei nicht zu erwarten, handelt es sich bei der "Allianz" doch um alten Wein in keinesfalls neuen Schläuchen.

"Das ganze Deutschland soll es sein - innerhalb der rechtsgültigen Grenzen."

Im Landshuter RVG Verlag erscheint das Monatsperiodikum "Deutsche Rundschau" (DR), nach Eigenangaben, in einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Verantwortlich ist der 29jährigen Chefredakteur Karl Richter, ein alter Neubauer-Intimus, der inzwischen auch zum stellvertretenden Generalsekretär der "Technischen Fraktion der Europäischen Rechten" berufen wurde. In seiner Aufmachung im Boulevard-Stil erinnert das vulgärrechtsextreme Blatt an den früheren "Der Republikaner" unter Chefredakteur Harald Neubauer. In kurzen Meldungen wie in umfassenden Beiträgen wird lediglich der Kanon rechtsextremistischer Themen variiert. Gestaltete Richter anfänglich die meisten Beiträge selbst, so befinden sich zwischenzeitlich zahlreiche bekannte rechtsextreme Aktivisten unter den Autoren. Großen Raum nimmt in jeder Ausgabe der "Patria-Bücherbote" der "PATRIA VERSAND GMBH" ein. Neben revanchistischer und militaristischer Literatur umfaßt das Angebot Videofilme-Originalfassungen der Deut-

schen Wochenschau und UFA (Propaganda-) Filme- sowie Toncassetten, zumeist von **David Irving**. Der britische Hitler-Apologet Irving ("Ich möchte prophezeien, daß man in etwa zehn Jahren hier in Deutschland schon anfangen wird, Straßen und Plätze nach Adolf Hitler zu benennen.") bespricht auf je zwei Toncassetten in Geschenkpackung wahlweise "Adolf Hitler-Reichskanzler und Führer", "Joseph Goebbels", "Hermann Göring" oder "Der Nürnberger Prozess". Erhältlich sind aber auch Devotionalien und Propagandamaterialien. Vom "Aufkleber für Deutschland", über Fahnen und Flaggen ist bis zum Wimpelständer aus Holz alles erhältlich. Unter den Anzeigenkunden der "Deutschen Rundschau" befinden sich der "NATION EUROPA VERLAG" des DA-Bundesvorstandsbeisitzers **Peter Dehoust**, der der"Nationalistischen Front" (NF) angegliederte "Klartextverlag", "NATION. Das politische Magazin für Deutsche", die Buchhandlung von Michael Krämer in Miesbach, aber auch regelmäßig eine ominöse Chiffre-Anzeige, die zu "Schulung, Kaderung, Freizeitgestaltung, Leben mit dem Ernstfall" aufruft. Ob die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 21.April 1991 für die mit der "Allianz" verbündete "Deutsche Allianz - Heimatbündnis Rheinland-Pfalz" mit 0,2 % (4.885) bereits der Ernstfall war, werden die Wahlen im nächsten Jahr zeigen.

Quellen:
"Deutsche Rundschau", Nr.12/90 - 5/91
"DESG-inform", 5/91
"EUROPA VORN", Nr.10/1990
Michael Schomers "Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR", Köln 1990 "Republikaner in Köln", herausgegeben vom Antifaschistischen Forum Köln, Broschüren-Arbeitsgruppe, Köln 1989
"Braunzone. Faschistische Gruppen an der Uni Köln und deren Umfeld", herausgegeben vom Antifaschistischen Arbeitskreis im AStA der Universität Köln, o.O.o.J.

Winfried Holzinger

"Vom Mörder in Polizeiuniform zum Cheffahnder von Rheinland-Pfalz"

Vielen Opfern der Nazi-Zeit wurde nach der Befreiung 1945 der Zugang zum Recht verweigert. Sie haben sich erst in den achtziger Jahren in unserer Gesellschaft Gehör verschaffen können. Anders bei den Mördern, den Mittätern, ohne die diese Menschenverbrechen nicht möglich gewesen wären. Sie gelangten schnell wieder in Amt und Würden, besetzten die Schaltstellen in der neuen Republik. Auch in der Polizei, nahmen sogar Kriegsverbrecher Führungspositionen ein und machten ihren Einfluß geltend. Die Reihe der Persönlichkeitsbeschreibungen, die im Rechten Rand bereits erschienen sind, möchte ich mit der des Kriminaloberrats Georg Albert Wilhelm Heuser fortsetzen.

Als einen Appell an die Öffentlichkeit und einem Versuch, die Öffentlichkeit und die Justiz aufzurütteln, verstand die Staatsanwältin und Mitarbeiterin der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen" in Ludwigsburg, Frau Dr. Barbara Just-Dahlmann ihr Referat, daß sie am 29. November 1961 vor der Evangelischen Akademie in Loccum zum Thema "Politische Prozesse heute" hielt. Mit ihrem Thema "Materialsammlung und Ermittlung..." beschrieb sie nicht nur ihre Ermittlungstätigkeit, sondern sie beschrieb auch das Grauen, daß sie umgab und das mit einer milden Justiz rechnen konnte. In diesem Referat schilderte sie u. a., daß die "Zentrale Stelle" mit Sonderkommissionen zusammenarbeitet, die an den Landeskriminalämtern gebildet wurde. Dabei betonte sie, daß sie ihre Ermittlungsakten nicht einfach an jede beliebige Polizeidienststelle in der Bundesrepublik Deutschland schicken konnte, weil sie nicht wußte, ob die Akten dort nicht in die Hände eines Beamten geraten würde, der zu dem von ihr gesuchten Täterkreis gehörte. Deshalb unterblieben auch von der "Zentralen Stelle" die Ausschreibungen dieser Täter im Fahndungsbuch.

Ihr Referat sollte nicht ohne Folgen bleiben. Am 1. Dezember 1961 berichtete der "Mannheimer Morgen" unter dem Titel "Nazi-Verbrechen: Zu milde Rechtsprechung rügt Dr. Just-Dahlmann", u. a. "...besonders stark sei die Polizei in gehobenen Positionen mit ehemaligen Mördern und Totschlägern durchsetzt." Dieser Satz, der zwar nie ausgesprochen wurde, löste bei Polizeiinstitutionen und -organisationen erhebliche Empörung aus. Nicht nur, daß Frau Just-Dahlmann ins Justizministerium in Stuttgart zitiert wurde, auf einer Landtagssitzung in Stuttgart erklärte der Justizminister Dr. Wolfgang Haußmann, daß man prüfen würde, "...ob aus ihren Äußerungen dienstrechtliche Folgerungen zu ziehen sind." Durfte man in der Bundesrepublik Deutschland über die Verbrechen der Nazi-Herrschaft und ihre Folgen nicht reden?

Kaum fünf Jahre später wurde für 12 Jahre ein "furchtbarer Jurist" Ministerpräsident von Baden-Württemberg; der ehemalige Wehrmachtsrichter Dr. **Hans Karl Filbinger**, der als Marine-Stabsrichter sogar noch nach der bedingungslosen Kapitulation deutsche Kriegsgerichtsbarkeit mit Begrifflichkeiten der Nazis durchsetzte. Zum Zeitpunkt des Referates in Loccum war er Innenminister und oberster Dienstherr der Polizei von Baden-Württemberg. Anstatt sich nun über laufende Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte zu erkundigen, stellt er sich schützend vor sie, "...da sich die Polizei in ihrem Ansehen und in ihrer Vertrauenswürdigkeit sehr stark berührt gefunden hat." Wieder wurde nicht die Gelegenheit genutzt, sich mit der Vergangenheit, mit den Biographien der wichtigsten Polizeiführungskräften auseinanderzusetzen.

Zu diesem Zeitpunkt liefen vermutlich bereits Ermittlungen wegen NS-Verbrechen gegen den Kriminaloberrat **Georg Albert Wilhelm Heuser**, der vom 1. Januar 1958 bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1963 Leiter des Landeskriminalamtes war. Er war in dieser Zeit somit Cheffahnder und hatte enge Verbindungen zu den "Cheffahndern" der anderen Bundesländern und des Bundeskriminalamtes.

Heuser wurde am 27. 2. 1913 in Berlin geboren. Nach seinem Abitur studierte er Rechtswissenschaft und bewarb sich nach seinem ersten Staatsexamen bei der Kriminalpolizei. Dort erhoffte er sich die größeren Berufsaussichten. Das Landgericht Koblenz rekonstruierte mit seinem Urteil vom 21. 5. 1963 seinen Lebensweg: Er war 1934 etwa 6 Monate beim Arbeitsdienst. 1935 - 1937 nahm er an mehrmonatigen Lehrgängen der Luftwaffe teil. Zuletzt war er Feldwebel der Reserve und Reserve-Offiziersanwärter. Anfang des Krieges trat er der SS bei, in der er im Febr. 1941 zum SS-Untersturmführer und vor seinem Einsatz in Rußland zum SS-Obersturmführer befördert wurde. Im August 1944 wurde er zum SS-Hauptsturmführer ernannt. Er will der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nicht angehört haben. Seit Anfang 1941 (und auch in seinem Amt nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches) führte Heuser den Titel eines Doktor der Rechtswissenschaften. In der Hauptverhandlung hat Heuser eingeräumt, niemals promoviert zu haben und daher auch nie im Besitz einer Promotionsurkunde gewesen zu sein.

Heuser kam mit dem Sonderkommando 1b Ende November/Anfang Dezember 1941 von Tosno nach Minsk. Er gehörte der Dienststelle "Kommandeur der Sicherheitspolizei-(KdS)" bzw. ab Herbst 43 der "Befehlshaber der Sicherheitspolizei-(BdS)" bis zur Räumung der Stadt Minsk Ende Juni 44 an. Zunächst bearbeitete er in der Abt. IV/V (Gestapo und Kriminalpolizei) vorwiegend



"Herrenmenschen "in Aktion.
Die faschistischen Mörder auf dem Territorium der UdSSR

kriminalpolizeiliche Angelegenheiten. Im Mai 1942 übernahm Heuser diese als Leiter. Ihm unterstanden u.a. die Bekämpfung von Partisanenbewegung, Juden- und Polenangelegenheiten. Später übernahm er zusätzlich zu dieser Leitung der aktiven Gegenspionage. Zur KdS-Zeit war Heuser öfter der Vertreter des Kommandeurs **Dr. Eduard Strauch**. Strauch wurde wegen Kriegsverbrechen, die er in dieser Zeit zu verantworten hatte im Nürnberger Einsatzgruppenprozeß zum Tode verurteilt, an Belgien ausgeliefert und dort noch einmal zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde wegen "Geisteskrankheit" nicht vollstreckt. Hätte bei dem Prozeß in Nürnberg nicht bereits auch sein Vertreter ins Blickfeld der Justiz fallen müssen?

Nach der Kapitulation im Mai 1945 legte sich Heuser Zivilkleidung an und konnte so der Gefangenschaft entgehen. Seine weiteren Wege führen ihn über Goslar und Mutterstadt/Pfalz nach Ludwigshafen/Rhein. Am 10. Oktober 1953 kam Heuser dort als Aushilfsangestellter dort beim Ausgleichsamt der Stadt unter. Als Unterbringungsberechtigter nach dem Gesetz zum Artikel 131 GG, das die Wiedereinstellung belasteter Nazis garantierte, wurde er mit Wirkung vom 1. Mai 1954 als Kriminalkommissar in den Kriminalpolizeidienst des Landes Rheinland-Pfalz eingestellt. Er versah dort zunächst Dienst bei dem Polizeipräsidium Ludwigshafen/Rhein und ab 22. Oktober 1954 bei der Polizeidirektion Kaiserslautern. Es folgten nun ungewöhnlich rasche Beförderungen Im Januar 1955 wurde er zum Kriminalhauptkommissar befördert und mit der Leitung der Kriminalpolizei in Kaiserslautern betraut. Im Mai 1956 stieg er auf zum Kriminalrat. Gleichzeitig wurde er mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der Polizeidirektion Kaiserslautern beauftragt. Am 15. Juli 1956 wurde Heuser zum Landeskriminalamt in Koblenz abgeordnet und zum ständigen Stellvertreter des Leiters des Landeskriminalamtes bestellt. Am 1. September 1956 wurde er endgültig zu dieser Behörde versetzt. Mit Wirkung vom 27. Juni 1957 wurde er mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters des Landeskriminalamtes betraut. Zum 1. Jan. 1958 wurde er zum Kriminaloberrat befördert und zum Leiter des Landeskriminalamtes berufen.

Fünf Jahre später, am 21. Mai 1963 wurde Heuser durch das Landgericht Koblenz wegen Beihilfe an der Ermordung von fast 12.000 Menschen zu 15 Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre verurteilt. In einer mehrere Stunden dauernden Urteilbegründung schilderte Landgerichtsdirektor Erich Randebrock die grausamen Verbrechen des ehemaligen LKA-Leiters. Für das Urteil waren zehn "Massenvernichtungsaktionen" von Bedeutung, an denen Heuser beteiligt gewesen war. Die genaue Zahl der Opfer dieser Verbrechen konnte nicht mehr genau festgestellt werden. Im Verfahren gegen Heuser wurde bewiesen, daß er an Massenmorden aufgrund kalter Vorberechnung beteiligt war. Es hat gezeigt, daß menschliche Regungen wie Haß, Zorn oder Blutrausch das Motiv für diese Grausamkeiten waren. So hat Heuser im Prozeß gestanden, daß in seiner Gegenwart Menschen auf Scheiterhaufen lebendig verbrannt worden sind; Grausamkeiten also, die nicht irgendjemand befohlen hat, sondern die auf individuellen Entscheidungen beruhten. Es handelt sich hier um ein Ereignis im November 1943. Heuser erschien mit einem Befehlshaber und weiteren SS-Leuten in Minsk.

Aus einem Fahrzeug holten sie zwei Männer und eine Frau, die angeblich verdächtigt wurden, einen Anschlag auf eine BdS-Dienststelle in Minsk verübt zu haben. Sie wurden zu einem Scheiterhaufen von Leichen geführt, auf dem sich aufgerichtete Pfähle befanden. Die Gefangenen mußten sich entkleiden und den Scheiterhaufen besteigen. Dort wurden sie an die Pfähle gebunden. Der Scheiterhaufen wurde mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und in Brand gesetzt. Unter furchtbaren Schmerzensschreien verbrannten zwei Opfer. Einem der Männer gelang es, vom Scheiterhaufen herabzuspringen. Er wälzte sich auf dem Boden und schrie. Bevor er fliehen konnte, wurde er von einem herbeigelaufenen SS-Mann erschossen.

Auch an Massenerschießungen im Ghetto Minsk, Anfang März 1942 beteiligte sich Heuser, obwohl er dazu aufgrund seiner Dienststellung nicht verpflichtet gewesen wäre. An einem Tag solcher Massentötungen wurden mindestens 1000 Menschen ermordet.

In dem Prozeß gegen Heuser in Koblenz zeigte sich, daß auch die Deutsche Reichsbahn mit ihrem Räderwerk an der Organisation der Massenmorde an Juden beteiligt war, bzw. Beihilfe geleistet hat. Hierzu lagen die Transportpläne bei der Verhandlung vor. So konnte auch bewiesen werden, daß Heuser als SS-Führer vom 28. - 30. Juli 1942 in Minsk für die Ermordung von ca. 9000 Juden verantwortlich war. An diesen Massenmorden beteiligte sich auch die Ordnungspolizei und die "Organisation Todt". Am 8. Februar 1943 beteiligte sich Heuser an der "Aktion Sluzk". Es handelt sich hier um ein jüdisches Ghetto, das aufgelöst werden sollte. Nachdem Polizeieinheiten dieses Ghetto umstellt hatten, wurden die Menschen aus ihren Häusern getrieben und erschossen. Da sich jedoch viele versteckt hielten, wurden die Häuser angesteckt. Flüchtende, teilweise brennende Menschen, wurden sofort erschossen. Allein an diesem Tag wurden fast 1700 Männer, Frauen und Kinder ermordet. Insgesamt wurde Heuser im Prozeß in Koblenz der "Beihilfe zu 11.103 Morden" überführt.

Obwohl sich Heuser persönlich an den Massenmorden beteiligt hatte, wurde sein Verhalten vor Gericht nur als "Beihilfe" gewertet. Selbst hierbei hätten jedoch die Richter auf lebenslangem Zuchthaus bestehen müssen. Rein rechnerisch gesehen, wurde Heuser für einen Mord mit einem halben Tag Freiheitsstrafe bestraft.

Bei den NS-Mordverfahren hat sich bei der Rechtsprechung überwiegend die "Gehilfenrechtsprechung" durchgesetzt. Es wurde unterschieden in die "Täterschaft" und die "Teilnehmerschaft", die sich auch in der Strafzumessung bemerkbar machte. Als eigentliche Täter wurden im wesentlichen **Hitler**, **Himmler** und **Heydrich** gesehen. Die anderen, auch die mit hohen Funktionen im Vernichtungsapparat, wurden vornehmlich als Gehilfen angesehen. Entscheidend hierfür war die vom BGH geprägte subjektive Teilnahmelehre, in der vorausgesetzt wird, daß der Täter u. a. die Tat als eigene wolle bzw. gewollt habe. Die NS-Verbrecher haben sich hierauf bezogen und erklärt, daß sie diese Taten nicht als eigene gewollt, daß sie kein eigenes Interesse an ihnen und keinen eigenen Tatwillen gehabt, sondern daß sie sich letztlich der Autorität der damaligen politischen Führung wider ihrem Gewissen unterworfen und die Tatausführung nicht selber bestimmt hätten. Bei Heuser wurde in der Urteilsverkündung festgestellt, daß der Angeklagte durch Verschulden seiner vorgesetzten Führer in die Lage gebracht wurde, sich an den Taten beteiligt zu haben. Weiterhin wurde im Urteil festgestellt, daß zwar bei Beihilfe zum Mord in erster Linie mit lebenslangem Zuchthaus zu strafen wäre, eine Ermäßigung der Strafe jedoch möglich war, da einem bloßen Gehilfen die volle Täterschaft nur dann aufzuerlegen wäre, wenn sein Tatbeitrag in seinem Unrechtsgehalt der Handlung des Täters (wie Hitler, Himmler, Heydrich) gleichzusetzen wäre!?! "...Die besonderen Umstände, unter denen sie zu Verbrechern wurden, lassen ihre Schuld nicht als so schwerwiegend erscheinen, daß eine lebenslange Zuchthausstrafe zur Sühne angebracht wäre." Eine juristische Einsicht, die für einen Laien nicht mehr nachvollziehbar ist und die sich in vielen Kriegsverbrecherprozessen wiederfindet.

Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg hat sich besonders intensiv mit der Problematik der Befehlsverweigerung in der NS-Zeit befaßt. Dabei wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen Befehle nicht ausgeführt wurden, ohne daß dies lebensgefährliche Konsequenzen für die Betroffenen gehabt hätte. Es gibt sogar einen Vorfall, wo sich eine ganze Polizeieinheit geweigert hat, an Massenerschießungen teilzunehmen. Sie wurde aufgelöst und die Polizisten auf andere Einheiten verteilt. Weiter ist ihnen nichts geschehen.

Thomas Klaus

Norden/Ostfriesland: Ultrarechte Brutalitäts-Rekorde

Etwa dreißig Rechtsgestrickte im Alter von 13 bis 28 Jahren terrorisieren Andersdenkende und Ausländer in der ostfriesischen Kleinstadt Norden. (Hartmut Ukena, Redakteur der örtlichen Tageszeitung "Ostfriesischer Kurier", hält diese Zahl für zu tief gestapelt. Er gehrt nach umfangreichen Recherchen von vierzig bis fünfzig Personen aus.) Die Gruppe nennt sich "Jungsturm Norden" und scheint streng hierarchisch aufgebaut zu sein. Die Mutter eines der Jugendlichen, der sich zu den Ultrarechten bekennt, berichtet wenigstens von einer "schlagartigen Wesensveränderung" und "gravierenden Persönlichkeitsdeformierungen" bei ihrem angeblich noch vor kurzem friedfertigen, toleranten Sohn. Als einer der Köpfe des "Jungssturms Norden" gilt der Oberschüler Aldo Oldewurtel.

In Flugblättern mit der Überschrift "Wehrt Euch!" wird die Marschroute abgesteckt: "Wehrt Euch gegen Rotfront- und Anarcho-Terror! Wir haben keine Lust, daß in Norden Gesetz und Ordnung mit Füßen getreten werden. Wir wollen keine Verhältnisse wie in der Hamburger Hafenstraße." Zur Wiederherstellung von "Recht und Ordnung" scheinen der mit Messern, Schlagringen und Gaspistolen bewaffneten Bande fast alle Mittel recht zu sein. Die Gewalttätigkeit, mit der der "Jungsturm Norden" zur Sache geht, bricht alle bisherigen ostfriesischen Brutalitäts-Rekorde. Ukena titelt in seiner Zeitung, daß Übergriffe an der Tagesordnung" seien. In der Tat müssen schon Auszüge aus der "Liste des physischen Terrors" erschrecken, die der Autor mit Hilfe der Antifaschistischen Initiative Norden zusammengestellt hat.

Liste der Gewalt

Anhänger des "Jungsturms Norden" locken die Katze einer jungen Frau in eine Garage und vergiften sie dort. Zwei Tage nachdem die Frau die Polizei und den Tierschutzbund verständigt hat, werden die Fensterscheiben ihrer Wohnung eingeschlagen. Kurze Zeit später liegt ein totgetretener Hund aus der Nachbarschaft vor ihrer Haustür.

In mindestens zwei Fällen wird CS-Reizgas in öffentliche Telefonzellen gesprüht, in denen sich Antifaschistinnen aufhalten. Die Türen werden von außen zugehalten. Die Frauen müssen zur ärztlichen Behandlung in das Norder Krankenhaus eingeliefert werden.

Am 20. April werfen Anhänger des "Jungsturms" mit Backsteinen auf drei ihrer Widersacher und verletzen einen von ihnen. Eine Woche darauf wird eine junge Türkin von drei "Jungsturmlern" krankenhausreif geprügelt. Darüber hinaus melden wachsame Bürger in Norden vermehrte Hakenkreuzschmierereien und Klebeeinsätze der rechtsterroristischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) sowie einige demolierte Personenwagen.

Die Hauptangriffsfläche für den "Jungsturm Norden" liefern jedoch das von mehreren Jugendlichen bewohnte "Haus Philadelphia" und die Alternativ-Kneipe "Borke". Am Abend des 18. April wird im "Haus Philadelphia" an zwei Stellen Feuer gelegt. Zufällig wird der Brand schnell entdeckt und gelöscht, so daß ein größerer Schaden zunächst verhindert wird. Doch am 1. Mai brennt das Gebäude erneut, und diesmal wird es schwer in Mitleidenschaft gezogen. Zuvor kündigen Mitglieder des "Jungsturms Norden" an, das "Haus Philadelphia" werde in nächster Zeit in Flammen stehen.

Alternativ-Kneipe im Fadenkreuz

Parallelen zu der im November 1990 von der Norder Polizei zerschlagenen Nazi-Gruppierung Die "Deutsch-Nationalen" tun sich auf. Angehörige der "Deutsch-Nationalen" verfügten nämlich über den Plan, das Flüchtlingsheim "Haus Nazareth" in Norden-Norddeich durch einen Brand- oder Bombenanschlag dem Erdboden gleichzumachen.

Die "Borke" ist zuletzt am 20. April, dem Geburtstag Hitlers, Ziel eines Angriffs des "Jungsturms Norden"gewesen. Zehn bis zwanzig rechte Randalierer ziehen zum Teil vermummt von ihrer Stammkneipe in der Innenstadt zu der Szene-Pinte. (Der Wirt der Nazikneipe H.R. schmückt sein Lokal mit dem stolzen Hinweis auf einer Tafel "Hier hat schon Adolf gespeist".) Unterstützt werden die Norder von Gesinnungsfreunden aus Kiel und dem nordrhein-westfälischen Borken. Die Attacke wird allerdings von den "Borke"-Stammgästen abgewehrt.

Bei Polaček in der Lehre

Besonders besorgniserregend: Nach eigenen Worten besuchte **Aldo Oldewurtel** ein Schulungslager auf dem Grundstück des berüchtigten Neonazis **Karl Polacek** in Mackenrode bei Göttingen. Der Einschätzung des niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski (SPD) zufolge ist Polacek "der Kopf des FAP-Rechtsradikalismus in Südniedersachsen". Glogowski bemüht sich gegenwärtig um die Ausweisung des österreichischen Staatsbürgers, des "Organiators der rechten Skinhead-Szene und wenigstens geistigen Vaters vieler Gewalttaten" (Glogowski). (Der Rechte Rand berichtete in der Vergangenheit ausführlich.)

Für den zuständigen Hauptkommissar Jürgen Wahl von der Norder Polizei besteht dennoch kein Anlaß zu Sorge. Zwar seien einige Strafanzeigen erstattet worden, aber eine politische Motivation sei nicht erkennbar. "Das sind junge, unfertige Menschen." Die Kritik an seiner Dienststelle, wonach Beamte auf Überfall-Meldungen zu nachlässig reagiert hätten, weist Wahl zurück.

Ganz anders als bei Jürgen Wahl fällt die Bewertung bei Nordens Bürgermeister Fritz Fuchs (SPD) aus. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Betroffenen von Ausschreitungen nimmt er sich vor, die Ratsfraktionen stärker für die Problematik zu sensibilisieren. Auch auf die Polizei will er zugehen, sie um mehr Ernsthaftigkeit bei der Behandlung von Anzeigen gegen den "Jungsturm Norden" ersuchen.

Denn unter Linken, Autonomen und Ausländern des ostfriesischen Städtchens grassiert "nackte Angst". Das beobachtet der Unterbezirksvorsitzende und stellvertretende Landeschef der Jungsozialisten in der SPD, Hinni Schipper. Manche trauten sich abends nicht mehr aus dem Haus. Andere hätten sich bewaffnet und pazifistische Grundsätze über Bord geworfen.

Buchbesprechung

Brückenschlag zur Gegenwart

"Sinti und Roma im 'Dritten Reich' - Das Programm der Vernichtung durch Arbeit" - In diesem Buch wird von zwei Vertretern des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma über die Leiden ihres Volkes unter den Nationalsozialisten berichtet. Damit machen sie die "Vernichtung durch Arbeit" an Sinti und Roma sichtbar. Erstmals werden diese nicht als bloße Fußnote der Geschichte, unter den Völkermord der Nationalsozialisten subsumiert.

Das Vorwort verweist auf den beschämenden Umgang von Justiz und Behörden mit diesen NS-Opfern, aber auch auf die Ignoranz von PolitikerInnen im Rechtsstaat BRD. Dabei kommt eine eigenartige Metamorphose zur Sprache: Dieselben Konzerne, die bestritten, Rechtsnachfolger der Nazi-Arbeitsverwaltungen ihrer Betriebe zu sein - solange es um finanzielle "Wiedergutmachung" für die ArbeitssklavInnen ging-, pochen seit dem Anschluß der DDR neuerdings auf eben diese Rechtsnachfolge. Ein Beispiel: Siemens.

In der Einleitung wird die Entwicklung und Zielsetzung, die Grössenordnung der Arbeitseinsätze sowie deren Folgen für Sinti und Roma zusammengefaßt.

In fünf Kapiteln folgt eine detaillierte Beschreibung der Lebens- und Sterbensbedingungen in den Hauptvernichtungslagern. "Vernichtung durch Arbeit" gehörte als Programm zur Durchführung des planmäßigen Völkermordes der Nationalsozialisten.

"Der für den Völkermord am jüdischen Volk verwendete Begriff der E*inmaligkeit trifft genauso für diesen Holocaust an den Sinti und Roma zu."

Insgesamt handelt es sich um ein notwendiges und informatives Buch, das zudem mit dem Brückenschlag zur Gegenwart eine ungute Kontinuität im Umgang mit NS-Opfern erkennbar macht.

Lisa Böhne

Romani Rose/Walter Weiss
Lamuv Verlag, Göttingen 1991
Preis: 16,80 DM

Buchtip zum Thema Waldorf-Erziehung

Charlotte Rudolph (geb. 1951), ehemalige Waldorfschülerin und -lehrerin, berichtet aus eigener Anschauung über die Waldorfschule, ihren Lernalltag und die Inhalte. Sie klärt über eine Schule auf, die nach außen hin als Institution für angstfreies, kreatives Lernen steht.

Klappentext: "Wie ein Magnet ziehen Waldorfschulen junge Eltern aus allen Kreisen an. Kein Pauken, kein Sitzenbleiben, 'angstfreies Lernen', Freunde, Liebe, 'freie Entfaltung aller individuellen Kräfte', Wärme verspricht die Waldorfschule.

Die Waldorfschule gibt Schutz und das Gefühl von Aufgehobenheit, und nicht nur darin gleicht sie einer Glasglocke. Sie ist auch ein Ort mit verinnerlichten Verbotsregistern und unsichtbaren, seelischen Gittern. Waldorf-Pädagogik hat eine genau ausgearbeitete Theorie und Praxis: die anthroposophische Lehre **Rudolf Steiners**. Sie umfängt Kinder wie Eltern auf Lebenszeit. Die Autorin berichtet aus eigener langjähriger Erfahrung. In diesem Buch zieht sie ihre nüchterne, aufklärende und kritische Bilanz.

Die einzelnen Abschnitte des Buches befassen sich mit der Vorstellung der Schule, dem Lehrplan, der Eurythmie und dem Kunstunterricht. Ein wichtiger Abriß behandelt **Rudolf Steiner** als Person und die Entwicklung seiner Ideologie. Hier werden Wurzel und die Nähe zum NS-System und seinen Repräsentanten nachgewiesen.

Das besondere Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern erfährt Beachtung im Abschnitt "die geliebte Autorität", und erklärt die Schülerpersönlichkeit nach Temperamenten, die Kategorisierung der Schüler und die daraus folgende Behandlung der einzelnen.

Der Schluß bildet eine Auseinandersetzung von Dr. Klaus-Peter Meyer-Bendrat, Hannover, mit **Steiner** als Programm, der Anthroposophie und dem sich daraus ergebenden mystischen Welt- und Menschenbild.

Ein interessantes Buch für Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, als Außenstehende, ihrem Kind die pädagogische Alternative zur Regelschule bieten zu wollen.

Marianne Braucks

Charlotte Rudolph
Waldorf-Erziehung - Wege zur Versteinerung
Sammlung Luchterhand 1987 SL 727